

ZEITSCHRIFT
DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
MAI 2026

**DIE
aNDERE**





Liebe Leser*innen,

mit dieser Ausgabe unserer nun schon traditionellen Zeitschrift möchten wir einigen Fragen nachgehen, die Sie sich möglicherweise in den letzten Monaten gestellt haben:

Wie ist das mit dem Baurecht am Brauhausberg? Was genau war passiert, welche Anträge und Verwaltungsvorgänge hängen mit dem Plattner-Campus zusammen?

Wird die Stiftung Garnisonkirche noch bescheidene, versöhnliche Töne anschlagen, bevor sie insolvent geht? Welche Chancen hat alternative und lebendige Erinnerungskultur in Potsdam, wird es bald neue Erinnerungsorte im Stadtraum geben?

Wofür steht „Solidarisch in Brandenburg“? Was ist in Cottbus, Pritzwalk und Schwedt möglich, in Potsdam aber nicht? Werden junge Potsdamer*innen künftig sichtbarer und hörbarer? Und werden kleinere Fraktionen bald weniger Einflussmöglichkeiten in der Stadtverordnetenversammlung haben?

Für welche Aktivitäten in den 1990ern und 2000ern ist die Firma *Kirsch & Drechsler* bekannt? Haben sich unsere Prognosen von 2014 bewahrheitet? Und wie lässt sich monatlich sichtbar für Freiheit und Vielfalt demonstrieren?

Natürlich erfahren Sie auf einer der folgenden Seiten auch, wer sich in dieser Rotationsrunde für die Anliegen der Wählergruppe, und damit für ein gerechteres Potsdam, einsetzt. Wenn Sie nähere Einblicke in die kommunalpolitische Arbeit erhalten möchten, wenden Sie sich gern an uns.

Wir wünschen Ihnen eine unterhaltsame und informative Lesezeit.

Annegret Pannier für die REDaKTION
Potsdam — April 2026



Inhalt

- 04 ROTaTION: **Die aktuelle FRaKTION im Rathaus**
- 05 Kurznotizen: **Aus dem Stadthaus**
- 08 **MITMaCHEN / DIE aNDERE ON TOUR**
- 09 **Ein Schloss, ein Turm und kein Platz für das Fußvolk**
- 12 Ehrenamtliche Akteur*innen: **Im Gespräch mit „Uns kriegt ihr nicht klein! – Solidarisch in Brandenburg“**
- 14 **Spezielle Erfahrungen mit einem bestimmten Bauträger**
- 19 **Das binäre Potsdam. Oder: Was man von Pritzwalk und Schwedt lernen kann**
- 24 **Freiheitskämpfer für die Demokratie**
- 26 **Änderung der Geschäftsordnung: Effizienz ja – aber nicht auf Kosten der Demokratie**
- 28 **Ihr habt nun ein Megafon, trifft damit den richt'gen Ton!** Eine Hymne auf den Kinder- und Jugendbeirat
- 30 **Erinnerungskultur als gesellschaftlicher Auftrag**
- 34 **Kumulation am Kosmos: über „Versöhnung“, Finanzen und die Zukunft**
- 38 Brauhausberg
Bestimmt ein Milliardär die Stadtentwicklung?

Rotation als Prinzip: Die aktuelle FRaKTION im Rathaus



© Michael Lüder

Unsere Fraktion arbeitet seit vielen Jahren nach dem Rotationsprinzip. Die Stadtverordneten geben nach einem Jahr ihre Mandate an Nachrücker*innen weiter. Momentan engagieren sich für die aNDERE im Rathaus (v.l.n.r.): **Bianca Zeller, Balthasar Kogge, Anja Heigl, Roman Böttcher, Laura Kapp, Christian Raschke.**

Die Arbeit der Fraktion wird durch das Fraktionsbüro koordiniert. Hier arbeiten **Anja Heigl** und **Lutz Boede** jeweils halbtags und sind für alle Nachfragen, Anliegen und Probleme erreichbar:

TEL **0331—2893179**
FAX **0331—2893178**

E-MAIL **dieandere@rathaus.potsdam.de**

Aus dem Stadthaus

VON LUTZ BOEDE

Haushalt

Nach schwierigen Verhandlungen ist ein Haushaltskompromiss herausgekommen. DIE aNDERE hat ihn zwar nicht mit eingebracht, aber ihm letztlich zugestimmt. Damit wollen wir zum einen klarmachen, dass wir Plänen zum Verkauf städtischer Grundstücke nicht zustimmen werden. Trotzdem wollen wir aber schnell Klarheit und Planungssicherheit für die sozialen Träger und Kultureinrichtungen der Stadt schaffen. Dem Engagement unserer Stadtverordneten ist es zu verdanken, dass Kürzungen bei den freien Kulturträgern und bei der kleinteiligen Projekt- und Festivalförderung zurückgenommen wurden, dass die *PLuS-Projekte* von Jugendhilfeträgern an Schulen erhalten bleiben und dass der Kinder- und Jugendbeirat künftig ein eigenes Budget im Stadthaushalt erhält. Auch die Preisdeckel für Schülerticket und Schulesen und die pädagogische Betreuung des kostenlosen Schulfrühstücks bleiben erhalten. Allerdings werden die nächsten Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2027/2028 schon in wenigen Wochen beginnen.

Schulesen

Kaum ein Thema wurde in den letzten Monaten so häufig und emotional diskutiert wie der Preisdeckel für das Schulmittagessen. Aber obwohl der Preisdeckel seit einigen Jahren existiert, nimmt nur ein Drittel der Schüler*innen in der Schule am Mittagessen teil. Gleichzeitig ging die Zahl der Härtefallanträge, bei denen eine volle Kostenübernahme eigentlich recht niedrigschwellig möglich ist, ständig zurück. Im Schuljahr 2024/25 übernahm die Stadt gerade noch für 173 Kinder die Kosten des Schulesens (26/SVV/0084-001). Besonders auffallend ist, dass das Interesse am schulischen Mittagessen ab dem Zeitpunkt rapide abnimmt, an dem Jugendliche das Schulgelände für einen Einkauf in der benachbarten *Kaufhalle* verlassen dürfen. Fragt man im Bekanntenkreis, warum Jugendliche trotz des Preisdeckels nicht in der Schule essen, werden ganz verschiedene Gründe genannt. Die Palette reicht von der mangelnden Qualität des Essens über den Stress in kurzen Pausen und zu engen Speisesälen bis hin zum Wunsch, die Pause gemeinsam mit Freund*innen zu verbringen, die nicht essen gehen. DIE aNDERE hat deshalb beantragt, eine Kinder- und Jugendbeteiligung zum Schulesen durchzuführen (26/SVV/0141). Wer die Beteiligung am Schulesen wirklich verbessern will, muss sich mit den Gründen dafür beschäftigen, warum Jugendliche nicht in der Schulkantine essen wollen.

Klettern an kommunalen Gebäuden

Ein weiterer Dauerbrenner ist die Einrichtung von Kletterstrecken an vorhandenen Gebäuden. Schon vor Jahren bemühte sich DIE aNDERE darum, einen Kletterparcours am Parkhaus in der Schiffbauergasse zu schaffen. Der *Deutsche Alpenverein* hatte sogar die Wartung und Betreuung des Projektes zugesagt. Dennoch scheiterte unsere Initiative an allerlei Bedenkenträgerei in Verwaltung und SVV. Nun konnten wir immerhin einen Prüfauftrag (25/SVV/1068) durchsetzen, welche Brückenwände und Wände von kommunalen Gebäuden als Boulderwände entwickelt werden können. Dabei sollen Aspekte der Sicherheit der Bauwerke, der Sicherung der Sportanlagen vor unbefugter Nutzung und der Wartung der Wände untersucht werden.

Juventas Crew Alpha (JCA)

Seit vielen Jahren macht die *Juventas Crew Alpha* im Süden Potsdams Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Der Verein wurde in der Wendezeit im *Jugendclub Alpha* gegründet und hat diesen Ort bis heute im Namen und Vereinswappen behalten.

Umso mehr hat es uns geärgert, dass weder beim Umbau des Bürgerhauses noch beim Neubau des Sportforums am Schlaatz eigene Räume für JCA geplant waren. Also beantragten wir, im Bürgerhaus eigene Räume für ein Vereinsheim bereitzustellen. Inzwischen wurde das Anliegen ausführlich im Stadtteilrat Schlaatz und im Ausschuss für Bildung und Sport besprochen. Sogar ein Vor-Ort-Termin der Stadtverwaltung mit der *Juventas Crew* und unserem Stadtverordneten **Roman Böttcher** fand statt.

Erinnerung an Kolonialgeschichte

Im September 2022 beauftragte die SVV den Oberbürgermeister mit der Prüfung, welche Orte in der Stadt sich dafür eignen, einen Lern- und Erinnerungsort zur Kolonialgeschichte der Stadt zu etablieren (22/SVV/0305). Mehrfach gab es im Kulturausschuss zähe Vorträge, in denen der Eindruck vermittelt wurde, dass für dieses Thema allein die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zuständig sei. Dieser Linie bleibt die Stadtverwaltung auch bei der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage 25/SVV/1170 treu, in der wir wissen wollten, welchen konkreten Ort die Oberbürgermeisterin denn nun vorschlägt. In ihrer Antwort schreibt die Verwaltung „dass ein Erinnerungsort zur deutschen Kolonialgeschichte in Potsdam nicht befürwortet werden kann. Ein solcher Erinnerungsort wäre, würde er geschaffen, weder im Örtlichen noch im Faktischen noch im Authentischen verankert und damit nicht vereinbar mit der grundlegenden Genese und Ausrichtung der Erinnerungskultur in der Landeshauptstadt Potsdam“. Es sieht ganz so aus, als bräuchte Potsdam wieder einmal einen kräftigen erinnerungspolitischen Impuls unserer Wählergruppe.

Sachkundige des Jugendbeirates

Bei der Neufassung der städtischen Hauptsatzung konnte unsere Fraktion durchsetzen, dass neben Senioren-, Migranten- und Behindertenbeirat auch der gerade gewählte Kinder- und Jugendbeirat das Recht erhält, sachkundige Einwohner*innen für die Mitarbeit in den Fachausschüssen der SVV vorzuschlagen. Wir freuen uns darauf, dass auf diesem Wege die Perspektive von Kindern und Jugendlichen künftig schneller bei den Stadtverordneten ankommen kann.

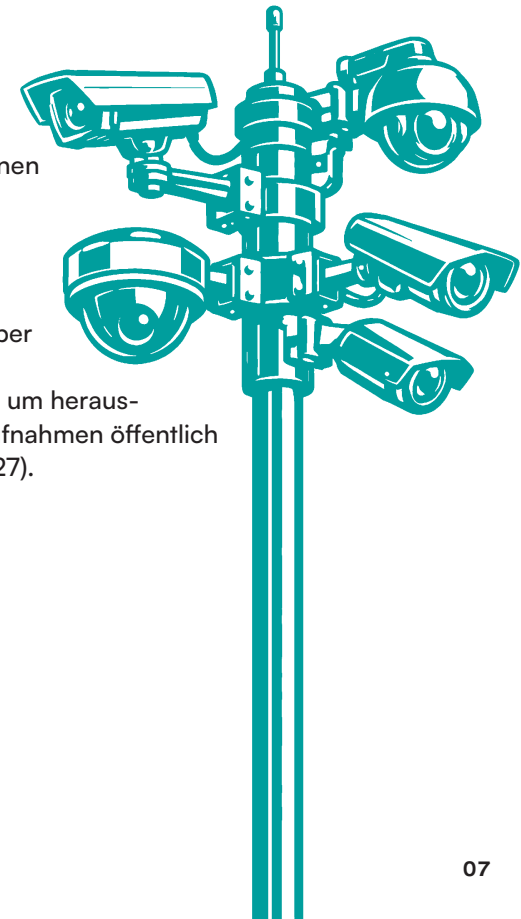
Schulstraße an der Internationalen Schule

Seit Jahren sorgen die Elterntaxis zur *Internationalen Schule* für Verkehrsprobleme und Ärger in der Teltower Vorstadt. Auf Antrag unserer Fraktion (25/SVV/1080) wird die Schule jetzt bei der Pilotierung und Einrichtung einer temporären Schulstraße im Ravensbergweg (zwischen Vogelsang und Am Wald) und Am Wald (zwischen Hegemeisterweg und Damaschkeweg) unterstützt. Die Oberbürgermeisterin prüft bereits, ob die Voraussetzungen für die Sperrung dieser Straßen im Sommersemester 2026 an Schultagen von 7:45 bis 8:45 Uhr und von 14:30 bis 15:30 Uhr vorliegen.

Videoaufnahmen zur Verkehrsüberwachung

Auf der Webseite www.mobil-potsdam.de werden neben vielen nützlichen Informationen zum Verkehr in der Stadt Potsdam auch Aufnahmen des Verkehrsraumes von mehr als 60 Überwachungskameras gezeigt. Dabei sind regelmäßig auch Hauseingänge und Bürgersteige erkennbar. Als Herausgeber ist die Landeshauptstadt angegeben.

Wir haben eine Kleine Anfrage eingereicht, um herauszufinden, zu welchem Zweck die Kameraaufnahmen öffentlich zugänglich präsentiert werden (26/SVV/0127).



Wir helfen Ihnen gerne beim Einstieg. Schauen Sie sich zusammen mit uns Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, der Ausschüsse und/oder unserer Fraktion an.

Dazu melden Sie sich einfach bei:
kontakt@die-andere.org

Interesse an
Kommunal-
politik?

DIE aNDERE ON TOUR

Die Wählergruppe DIE aNDERE lädt ein, mit ihr zusammen die Stadt zu erkunden. In unserem Format ON TOUR können Sie nicht nur Neues über die Geschichte und Entwicklung der Stadtteile und über politische Kämpfe früher und heute erfahren, sondern uns auch kennenlernen und Ihre Probleme loswerden.

Vom Roten Nowawes zu den Babelsberger Sanierungsgebieten: Stadtgeschichte und soziale Kämpfe

Freitag, der 05.06.26

Treffpunkt: 18 Uhr Rathaus Babelsberg

Der Stern: Vom SED-Wohnungsbauprogramm zum Rahmenplan – Entstehung und Probleme des größten Potsdamer Wohngebietes

Sonntag, 30. August 2026

Treffpunkt: 14 Uhr Johannes-Kepler-Platz

Weitere Termine folgen und sind auf unserer Website zu finden.

[die-andere.org](https://www.die-andere.org)

Ein Schloss, ein Turm und kein Platz für das Fußvolk

VON KLAUS VENNEMANN

Potsdam im März 2026 — Während der Rest der Welt sich mit profanen Dingen wie dem Mars-Tourismus beschäftigt, hat Potsdam seine ganz eigene Zeitreise vollendet. In den letzten zwölf Jahren ist die Landeshauptstadt erfolgreich zu dem geworden, was Friedrich der Große immer wollte: Ein prächtiges Freilichtmuseum, in dem man zwar hervorragend flanieren, aber als Normalsterblicher kaum noch die Miete für eine Besenkammer bezahlen kann. Das nehmen wir zum Anlass für einen kleinen Rückblick mit Erinnerungsposten:

Die Goldene Ära des Betongoldes (2014–2020)

Erinnern Sie sich noch an 2014? Damals glaubten Optimist*innen tatsächlich, das Bornstedter Feld oder der Schlaatz seien die Lösung aller Probleme (s. a. Sonderheft DIE aNDERE „Wohnen in Potsdam“ 02/2014). Doch die Stadtführung hatte Größeres vor. Unter dem Motto „Nostalgie ist die beste Rendite“ wurde die historische Mitte so detailgetreu rekonstruiert, dass man heute beim Bäcker fast instinktiv mit Talern bezahlen möchte — was angesichts der Preise ohnehin angemessen wäre.

- **Das Stadtschloss:** Ein Landtag, der aussieht wie eine Residenz, war nur der Anfang.
- **Die Garnisonkirche:** Jahrelang wurde über den Wiederaufbau des Turms gestritten. Heute, 2026, ist er ein Mahnmal dafür, dass man für 500.000 Euro zwar eine Machbarkeitsstudie für einen Verbindungsbau bekommt, aber keine einzige bezahlbare Einzimmerwohnung für eine*n Student*in.
- **Rechenzentrum:** Gleichzeitig steht das Rechenzentrum als soziokreativer Ort durch den Bau der Garnisonkirche und die damit zusammenhängenden Herausforderungen in Frage.

Krampnitz: Das El Dorado der Pendler*innen (2021–2025)

Ab 2021 wurde Krampnitz zum neuen Sehnsuchtsort ausgerufen. Die Vision: Ein moderner Stadtteil im Norden, ökologisch, autofrei und so weit weg vom Zentrum, dass man bei klarer Sicht fast schon die Ostsee riechen kann. Während die ersten Mietwohnungen in sanierten Bestandsgebäuden Mitte 2026 bezugsfertig sein sollen, arbeiten Stadtplaner*innen noch immer an der revolutionären Idee, wie man die Menschen dort hinbringt, ohne dass sie ihr halbes Leben in der Tram verbringen.



Der Status Quo 2026: Luxus für alle (Millionär*innen)

Heute im März 2026 liegt die durchschnittliche Kaltmiete bei stolzen 13,05 €/m² (lt. Immoscout24). Das ist zwar ein Schnäppchen für die über 69 Einkommensmillionär*innen der Stadt, lässt aber die durchschnittliche Potsdamerin sehnsüchtig auf die Leerstandsquote von 2,6 % blicken (Potsdam — Stadt für alle / <https://tlp.de/qfhqe/> Stand 2022) — in der Hoffnung, dass eine dieser freien Wohnungen vielleicht zufällig in einem Keller ohne Fenster liegt. Wenn die öffentlichen Unternehmen beispielsweise im Bornstedter Feld neu bauen wollen, erfordert das schon heute Kaltmieten jenseits der 20,00 €/m² (Quelle PNN vom 09.02.2024), wobei die Finanzen der Stadt eine stärkere Förderung von Sozialwohnungen kaum zulassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen:

Die Wohnungspolitik der bürgerlichen Fraktionen und der Stadtfürsten in den letzten 12 Jahren war ein voller Erfolg. Potsdam ist so attraktiv, dass man hier unbedingt wohnen möchte — Es sich nur eben nicht mehr leisten kann. Wer heute eine Wohnung sucht, braucht kein ImmoScout-Abo mehr, sondern eine Audienz bei Hofe oder zumindest einen Lottogewinn.

In Potsdam, wo Sofa-Hopping zu Semesterbeginn angesichts von ca. 30.000 Studierenden und nicht ausreichendem studentischen Wohnraum zur Sportart avancierte, hat sich die Mietenexplosion von 2015 bis 2023 zu einem Mammutproblem für städtische Wohnraumkonzepte entwickelt. Auch der Abriss funktionsfähiger Gebäude wie dem Staudenhof konnte das Problem nicht lösen, vielmehr konnte man der aktuellen Presse entnehmen, dass eine Allianz von SPD und CDU auch noch einen Teil des neu zu errichtenden Staudenhofes verkaufen möchte. Ob im Staudenhof überhaupt die mal von den Grünen in Aussicht gestellten Sozialwohnungen mit Kaltmieten um die 6 €/m² erreicht werden können, darf ernsthaft bezweifelt werden, zumal die Wohnsituation noch dadurch verschärft werden wird, dass der Brauhausberg mit einem neuen Campus mehr Student*innen und Mitarbeiter*innen anziehen wird, ohne für diese überhaupt ausreichend Wohnraum zu schaffen.

Nur der Vollständigkeit halber darf darauf hingewiesen werden, dass die ProPotsdam mit Neubau-Kaltmieten um die 20 €/m² kalkuliert (s.o.), was die Forderungen nach einem Verkaufsstopp städtischer Gebäude und echtem sozialen Wohnungsbau unterstreicht (so schon in den Wählergruppenzeitungen 05/17, 06/21 und 05/23 sowie den Kommunalpolitischen Bausteinen 2024 dargelegt). Die Bilanz der Fraktionsarbeit der Wählergruppe zeigt: Gegen die Wohnungsnot helfen nur der Ausbau des kommunalen Bestandes und das Ende der Bodenspekulation (s. Bilanz der WG 2014—19 und Bausteine 2024). Jedoch wurde die Wählergruppe, die das Problem seit mehr als 12 Jahren auf dem Schirm hat, häufig von den übrigen bürgerlichen Fraktionen in der SVV ausgebrems.

Im Gespräch mit „Uns kriegt ihr nicht klein! – Solidarisch in Brandenburg“

Über die ehrenamtliche Arbeit mit vielen Akteur*innen Brandenburgs

VON PHILIPP ZIEMS

Seit wann gibt es die Kampagne „Uns kriegt ihr nicht klein! – Solidarisch in Brandenburg“, und wie kamt ihr auf die Idee, diese Kampagne zu starten?

Die Kampagne „Uns kriegt ihr nicht klein! – Solidarisch in Brandenburg“ gibt es seit dem Jahr 2024. In diesem Jahr standen einige bedeutende Wahlen an, so auch in Brandenburg. In diesem Zuge wollten wir der Zunahme rechter Politik (nicht nur von rechten Parteien) etwas entgegensetzen. Wir sind Einzelpersonen, die sich für verschiedene politische Belange einsetzen und gemeinsam diese Gruppe gegründet haben.

Als Kampagne „Uns kriegt ihr nicht klein! – Solidarisch in Brandenburg“ befürchteten wir, dass die Wahlen zu Ungunsten von wichtigen politischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Akteur*innen ausgehen könnten. Das erweckte die Idee, genau diese wichtige Arbeit sichtbar zu machen und durch ein Netzwerk miteinander zu verbinden. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass sich unsere Befürchtungen leider bewahrheitet haben: Es kommt zu Kürzungen an allen Enden und viele Akteur*innen sind davon betroffen. Genau deswegen machen wir weiter. Nachdem wir die ersten Akteur*innen in unser Netzwerk aufnehmen konnten, haben wir viele weitere spannende Akteur*innen in Brandenburg kennenlernen dürfen. Darunter zum Beispiel Jove & Co, das Horte in Straußberg oder das Familienzentrum Rehfelde.

Was bedeutet für euch „Solidarität“ im Kontext dieser Kampagne?

Solidarität bedeutet für uns, dass wir soziale, politische oder kulturelle Vereine sowie Initiativen in Brandenburg nicht allein stehen lassen. Deshalb stellen wir im Rahmen unserer Kampagne Akteur*innen vor, die zu einer solidarischen Gesellschaft beitragen. Wir möchten damit zeigen, dass es viele Menschen gibt, die für ähnliche Werte einstehen und diese erlebbar machen. Das gelingt vor allem, indem wir uns gegenseitig unterstützen, Hilfe anbieten oder Räume für einen Austausch schaffen. Denn am

Ende zählt vor allem eines: gemeinsam laut sein. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der alle Menschen dazugehören und rechter Hass und Hetze keinen Platz haben.

Welche Erfahrungen oder Rückmeldungen haben euch seit dem Start der Kampagne besonders bewegt oder überrascht?

Besondere Erinnerungen sind unsere Besuche bei den Akteur*innen und die bereichernden Begegnungen mit ihnen. Ein bewegender Moment war außerdem die Veranstaltung im *Haus der Frauen* im Dezember letzten Jahres. Auf dieser Veranstaltung stand der Dialog zwischen den von Kürzungen betroffenen Akteur*innen im Mittelpunkt. Hier hat sich erneut gezeigt, wie dringend Vernetzung und Austausch benötigt werden. Wir bewundern es vor allem, dass auch Initiativen, die durch ihr politisches Engagement Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt waren und sind, bei uns mitmachen.

Was gibt euch Kraft und Zuversicht weiterzumachen?

Es gibt Kraft, wenn wir mitbekommen, dass unsere Akteur*innen sich unterstützt und gesehen fühlen und damit unsere Vorstellung von Solidarität ein Stück weit Realität wird. Mit der Arbeit für und mit den Akteur*innen setzen wir dem Ohnmachtsgefühl etwas entgegen und tragen so auch ein wenig zur Idee eines guten Lebens für alle bei. Die aktuelle politische Lage und die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten führen zu Isolation und Vereinzelung. Dem wollen wir mit Solidarität begegnen.



 [unskriegtihrnichtklein](https://www.instagram.com/unskriegtihrnichtklein)



Spezielle Erfahrungen mit einem bestimmten Bauträger

VON LUTZ BOEDE

Vor 20 Jahren fanden in Potsdam heftige soziale Auseinandersetzungen statt, von denen später Zugezogene oder Geborene kaum noch etwas wissen. Dennoch haben diese Kämpfe tiefe Spuren in unserer Stadt hinterlassen. Durch das Scheitern von Mietobergrenzen in den Babelsberger Sanierungsgebieten wurden nicht nur zahlreiche Mieter*innen verdrängt, sondern auch ein Immobilienmakler reich. *Wolfhard Kirsch* kam nach einer Insolvenz in München nach Potsdam und nutzte die Goldgräberstimmung im wilden Osten der Nachwendejahre. Seine Parteiwechsel von der FDP über SPD und *BürgerBündnis* bis in die CDU legen den Eindruck nahe, dass es bei der Wahl der politischen Heimat nicht immer nur um Positionen und Programme ging.

Wir lernten Herrn **Kirsch** kennen, als er in den 90ern mit der Firma *Kirsch & Drechsler* in Babelsberg aktiv wurde. Damals galt das Investitionsvorranggesetz, das es erlaubte, Objekte mit großem Investitionsstau und noch offenem Restitutionsverfahren günstig aufzukaufen. Nach der Entscheidung über die Eigentumszuordnung erhielten die Eigentümer*innen dann in Durchbrechung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“ nur noch den Verkaufspreis. Wie günstig ganze Häuser damals in Babelsberg waren, zeigt die Antwort auf unsere Kleinen Anfragen 02/SVV/0890 und 03/SVV/0164. (► S. 15 und S. 16)

Vor Abschluss des Kaufvertrages wurden Stellungnahmen der als Sanierungsträger fungierenden *Stadtkontor GmbH* eingeholt. In der Antwort auf die Kleine Anfrage 03/SVV/0165 erfuhren die Stadtverordneten schon 2003:

„Spezielle Erfahrungen des Sanierungsträgers *Stadtkontor GmbH* mit dem in Rede stehenden Bauträger sind den Zuarbeiten zum Investitionsvorrangverfahren zum Grundstück *Heinrich-von-Kleist-Straße 11* und *Großbeerenstraße 31* zu entnehmen. Sowohl beim Objekt *Heinrich-von-Kleist-Straße 11* als auch beim Objekt *Großbeerenstraße 31* teilte der Sanierungsträger in der Zuarbeit den Sachverhalt mit, dass die *Fa. Kirsch & Drechsler Hausbau GmbH* in mehreren Fällen gegen erteilte Auflagen Rechtsmittel einlegt hat.“

Screenshot 1

Beschlussvorschlag

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Welche Immobilien hat die Stadt Potsdam seit 1990 zu jeweils welchem Kaufpreis an die Kirsch & Drechsler Hausbau GmbH verkauft oder verpachtet?

2. Welche Immobilien haben die städtischen Wohnungsunternehmen GEWOBA und WVP in diesem Zeitraum zu jeweils welchem Kaufpreis an Kirsch & Drechsler verkauft oder verpachtet?

3. In welchen der unter 1. und 2. erfragten Fälle erfolgte eine Ausschreibung?

Antwort:

Zu 1)

Liegenschaft	Kaufpreis in EURO	Vertragsart / Ausschreibung
Großbeerenstr. 31	168.726,32	InVorG / nein
Großbeerenstr. 65 a	270.000,00	dto.
Heinrich-von-Kleist-Str. 11	255.645,94	dto.
Heinrich-von-Kleist- Str. 17	281.210,53	dto.
Siemensstr. 26	86.472,24	freihändiger Anteilsverkauf 54/144 Anteil / nein

Zu 2.)

Die Gesellschafterversammlung der GEWOBA stimmte am 16.05.2002 dem Verkauf folgender Immobilien an die Fa. Kirsch & Drechsler Hausbau GmbH zu:

- Siemensstraße 31	174.350,00	keine Ausschreibung
- Großbeerenstr. 61	163.613,00	keine Ausschreibung

Damit waren die Mietobergrenzen gemeint, die in den Babelsberger Sanierungsgebieten für die am 1. April 1998 noch bewohnten und unsanierten Wohnungen galten. Schon 1998 hatten die Stadtverordneten festgesetzt, dass die Mietobergrenzen für diese Wohnungen zwischen 10,50 DM kalt (Wohnungen bis 40 qm) und 8,50 DM (Wohnungen über 90 qm) betragen (98/SVV/0194 und 98/SVV/0195).

Screenshot 2

Beschlussvorschlag

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 02/0890 teilte die Stadtverwaltung mit, daß fünf Objekte von der Stadt Potsdam und zwei von der GEWOBA an Kirsch und Drechsler Hausbau GmbH verkauft wurden. Leider beschränkte sich die Antwort auf die Mitteilung der an die Firma veräußerten Grundstücke.

Ich frage den Oberbürgermeister daher weiter:

1. Welche Immobilien haben die Stadt Potsdam bzw. die GEWOBA seit 1990 zu jeweils welchen Kaufpreisen an Herrn Wolfhard Kirsch bzw. dessen Gattin Marianne Kirsch verkauft?
2. Welche Immobilien haben die Stadt Potsdam bzw. die GEWOBA seit 1990 zu jeweils welchen Kaufpreisen an Herrn Michael Drechsler bzw. dessen Gattin Gertraut Drechsler verkauft?
3. An welche Angehörigen der Firma bzw. der Familien Kirsch und Drechsler verkauften die Stadt Potsdam bzw. die GEWOBA seit 1990 welche weiteren Immobilien zu welchen Kaufpreisen?
4. Wie hoch war für die unter 1.-3. erfragten Immobilien jeweils der Kaufpreis?
5. In welchen Fällen fand keine Ausschreibung statt?

Antwort:

Verkauf durch die Stadt

Liegenschaft	verkauft an	Kaufpreis	Ausschreibung
zu 1.			
H.-v.-Kleist-Str. 10	Dr. Marianne Kirsch	168.726,32 EUR	nein, da InVorG
zu 2			
Großbeerenstr. 66	Michael und Gertraut Drechsler	122.726,32 EUR	nein / da Verkauf im Auftrag v. Stadtkontor
zu 3			
keine			
zu 4 und 5			
siehe. zu 1 und 2			

Im Jahr 2003 beantragte die Fraktion DIE aNDERE gleich zweimal, alles juristisch mögliche zu unternehmen, um die Einhaltung dieser Mietobergrenzen auch durchzusetzen. Bei den Diskussionen in der SVV ging es heftiger zu als bei *TikTok*. Es kam zu tumultartigen Szenen und knappen Abstimmungsniederlagen von 21:23 (03/SVV0613) und 22:22 (03/SVV/0825). Während die Berliner Bezirke um ihre Mietobergrenzen kämpften, ließ die Potsdamer Stadtverordnetenmehrheit die Mieter*innen im Stich. Dabei hätte Potsdam deutlich bessere Chancen gehabt, weil die Regelungen hier eine Härtefallregelung und eine automatische Erhöhung der Mietobergrenzen in bestimmten Zeitabständen enthielten.

Außerdem beantragten wir, dass die Stadt zumindest keine Grundstücke mehr an *Kirsch & Drechsler* verkaufen soll (03/SVV/0229). Denn wer sollte die Stadt zwingen können, Häuser an jemanden zu verkaufen, der im Nachhinein die ihm unangenehmen Teile des Verkaufsvertrages anfecht? Dass die Mehrheit für diesen Antrag nicht zustande kam, weil **Wolfhard Kirsch** damals in der SPD war und auf seinem Grundstück am Uferweg mehrfach Feiern der Partei veranstaltete, möchten wir ausdrücklich nicht behaupten.

Wolfhard Kirsch hat immer wieder Kaufverträge unterschrieben, in denen die Einhaltung der Mietobergrenzen als Auflage vereinbart wurde, und genau gegen diese Auflage im Nachhinein vor den Gerichten geklagt. Dieses Muster bei der Wahrnehmung seiner persönlichen Interessen wandte Herr **Kirsch** auch Jahre später an, als er bei einem Neubauprojekt an der Großbeerenstraße einen städtebaulichen Vertrag mit der Stadt unterzeichnete, auf dessen Basis einen SVV-Beschluss für das Bauvorhaben bekam und im Nachhinein die darin zugesagte Abgabe aus dem Baulandmodell mit einer Klage kippte. Aber ich schweife ab.

Leider war **Kirsch** mit seiner Klage gegen die Mietobergrenzen erfolgreich. Das zuständige Obergerverwaltungsgericht entschied, dass Mietobergrenzen im Sanierungsrecht unzulässig seien. Unsere Fraktion beantragte daher, zusätzlich und zum ersten Mal in Potsdam eine Milieuschutzsatzung für die Babelsberger Sanierungsgebiete zu erlassen, um die Mietobergrenzen zu retten. Dieser Antrag (04/SVV/0267) erhielt am 31.03.2004 auch eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, wurde aber durch die Stadtverwaltung nicht umgesetzt. DIE aNDERE versuchte die Einhaltung des Beschlusses noch gerichtlich durchzusetzen. Das Verwaltungsgericht lehnte unsere Klagen (6K 2537/0 und 6K 2895/05) aber als unzulässig ab, weil einzelne Fraktionen keinen einklagbaren Anspruch auf Umsetzung von Beschlüssen haben — ein Rechtsverständnis, das ich bis heute nicht nachvollziehen kann.

Aber nicht nur auf der großen politischen und gerichtlichen Bühne arbeitete **Wolfhard Kirsch** mit fragwürdigen Methoden. So erhielt ein Mieter, der nicht aus seiner Wohnung ausziehen wollte, eine Nachricht:

„Ich habe mit der Stadtverwaltung Potsdam Kontakt aufgenommen, um mich darüber zu informieren, welche grundsätzlichen Möglichkeiten seitens der Stadt Potsdam bestehen, Sie bei Ihrer Mietzahlungspflicht zu unterstützen. Dabei wurde mir erläutert, dass Sie einen Anspruch haben auf maximal 4,60 €/m² bezogen auf die maximale Fläche von 50 m², das heißt also einen Anspruch auf eine maximale Mietunterstützung von 230,00 €. Ihre Wohnung hat eine Größe von ... m² und ist demnach um ... % größer als die maximale versorgungsfähige Größe seitens der Stadt Potsdam.“ (03/SVV/0077)

Es ist erschreckend, dass sich so ein Mann jahrelang auf dem Ticket der SPD in der Stadtverordnetenversammlung und im Bauausschuss tummeln durfte, bevor er die Pferde wechseln musste. Aber irgendwann entzweiten sich **Wolfhard Kirsch** und die ihm treu ergebene SPD dann doch über die Frage des Uferwegs am Griebnitzsee. Am 01.11.2006 beschlossen die Stadtverordneten bei gerade fünf Gegenstimmen einen Antrag der PDS mit Änderungen der SPD (06/SVV/0790):

„Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss zur Freihaltung des Ufers am Griebnitzsee.

Die Stadtverordnetenversammlung distanziert sich vom Verhalten des Stadtverordneten Kirsch, da er bisher nicht die notwendige Zurückhaltung und Trennung zwischen seiner öffentlichen Funktion einerseits und seinen privaten Interessen andererseits gewährleistet und damit den mit den Anliegern angestrebten Kompromiss gefährdet.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Herrn Kirsch nachdrücklich auf, sich die angesichts der Interessenkollision notwendige Zurückhaltung aufzuerlegen oder sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen.“

Vielleicht hätte man diesen Beschluss noch einmal verlesen müssen, bevor zum zweiten Mal darüber abgestimmt wurde, ob **Wolfhard Kirsch** tatsächlich auf Vorschlag der CDU in den Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsgesellschaft *ProPotsdam* entsandt werden soll.



Das binäre Potsdam. Oder: Was man von Pritzwalk und Schwedt lernen kann

VON JONATHAN MANTI

Potsdam hat eine starke queere Zivilgesellschaft, nicht nur historisch gewachsen, sondern auch in der Gegenwart verankert. Mit dem Sitz der beiden großen Landesverbände *AndersARTiG* und *Katte* in der Landeshauptstadt, Einrichtungen wie dem sich gerade im Umzug befindlichen *La Leander* und dem *Regenbogenkombinat* oder dem doppelten CSD mit *Queensday* im Mai und *Fahrrad Pride* im Juni kann sich Potsdam eigentlich sehen lassen. Aber auch hier lässt der Schatten der immer stärker werdenden Queerfeindlichkeit in der Gesellschaft die bunte Vielfalt manchmal verschwinden.

Es sind nicht immer die ganz großen und medial prominenten Fälle von Hass und Hetze, die queeren Menschen Unsicherheit bringen. Es geht auch um Sichtbarkeit im Alltag und Respekt vor der eigenen Identität. Rechtlich sind die Voraussetzungen spätestens seit der Einführung der Ehe für alle und der selbstbestimmten Wahl des Geschlechtseintrags hierzulande so gut wie nie zuvor und auch im europaweiten Vergleich recht weit vorne mit dabei. Dabei spielt aber nicht nur eine Rolle, was auf dem Papier steht, sondern auch wie rechtliche Regelungen bei Behörden umgesetzt werden. Wenn das Mindset in Verwaltungen davon ausgeht, dass queere Menschen eine Bereicherung und ihre Anliegen unterstützenswert sind, nimmt es ihnen Ängste und stärkt ihr Selbstbewusstsein im Alltag.

Das Warten hat (k)ein Ende

Ein konkretes Beispiel dafür ist die Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes, mit dem erstmals in Deutschland ohne medizinische oder psychologische Gutachten der eigene Geschlechtseintrag geändert oder gestrichen werden kann. Ein Meilenstein, auf den *trans*, *inter* und *nicht-binäre* Menschen viele lange Jahre warten mussten. Während das Gesetz formal erst am 01. November 2024 in Kraft trat, waren Anmeldungen beim zuständigen Standesamt bereits drei Monate vorher, also ab dem 01. August, möglich. An diesem Tag gab es daher auch auf dem Internetauftritt der Stadt Pritzwalk in der Prignitz dazu eine entsprechende Newsmeldung. In Neubrandenburg auf der Mecklenburgischen Seenplatte war dies sogar schon wenige Tage



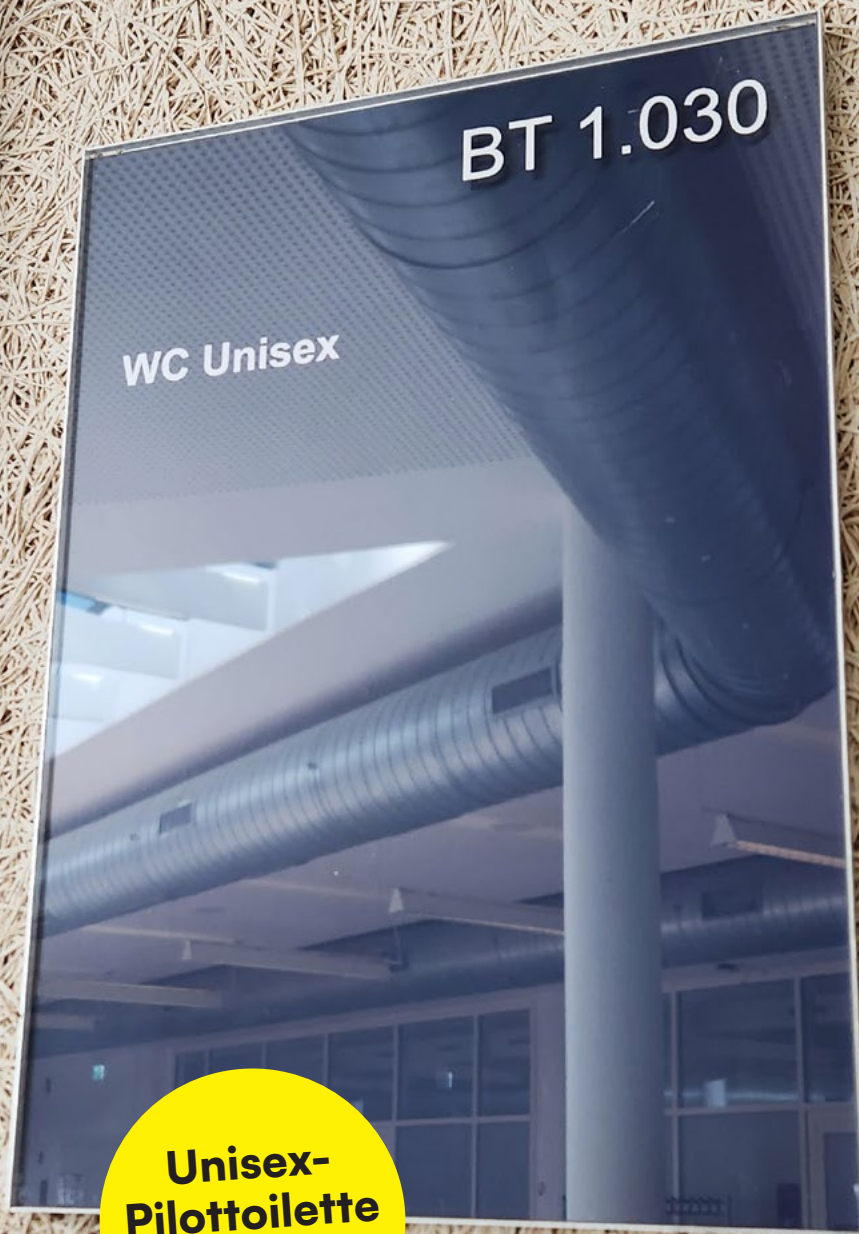
zuvor der Fall, inklusive Formblätter und Anmeldebögen. Und Potsdam? Nix. Nada. Nur auf proaktive Nachfrage beim Standesamt gab es entsprechende Auskünfte. Wer nicht ohnehin schon tief genug im Aufbau von Kommunalverwaltungen steckte oder aber in der Lage war, sich durch zig unübersichtliche Organigramme zu wühlen, um die richtige Kontaktadresse zu finden, blieb außen vor.

Auf Nachfrage unserer Fraktion (24/SVV/0842) flüchtete sich die zuständige Verwaltung in eine Reihe von Ausreden und behauptete, die öffentlichkeitswirksame Information zu Leistungen des Standesamtes in der Ausfüllung bundesgesetzlicher Regelungen sei „*grundsätzlich nicht Aufgabe der Kommunen*“. Wer sagt es Pritzwalk und Neubrandenburg? Gleichwohl versprach die LHP zumindest, bis spätestens 31. Oktober, also dem Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes, grundlegende Informationen online zu stellen. Zeitsprung zu Anfang 2025: Mit nochmals fast dreimonatiger Verspätung und erst auf Reaktion eines sich im Geschäftsgang befindlichen Antrags unserer Fraktion (24/SVV/1417) wurden die Informationen dann endlich veröffentlicht. Zwar für verwaltungsfremde Durchschnittsbürger*innen nur schwer zu finden, aber immerhin. Andere Städte wie Dresden oder Schwedt/Oder kriegen das ja auch nicht hin. *Oh, guess what, except they do!* Sogar mit der Möglichkeit der digitalen Anmeldung. In welchem Jahrhundert ist Potsdam hängengeblieben?

Wer denkt, dass jetzt aber zumindest formal alles fein ist, täuscht sich. Auch ein Jahr später wird auf Nachfrage unserer Fraktion (25/SVV/1038) klar, dass Anreden in Eingabemasken von LHP und kommunalen Betrieben nach wie vor nicht an die neuen Regelungen angepasst sind. Entweder werden nur Männlein und Weiblein abgefragt, in einem Formular zumindest noch der Geschlechtseintrag „divers“, aber nirgendwo kann eine geschlechtsbezogene Anrede ganz abgewählt werden. Die Notwendigkeit, dies überhaupt abzufragen, begründet die Verwaltung mit „*statistische Erhebungen [...] im Rahmen gesetzlicher Berichtspflichten*“. Warum an dieser Stelle der Bezug aufs Gesetz so wichtig ist, aber die ebenfalls festgeschriebenen vier Möglichkeiten des Geschlechtseintrags übersehen werden, weiß wohl die Verwaltung selbst nicht. Wieder bleibt trotz aller Beteuerungen zu Toleranz und Förderung von Vielfalt vor allem der Eindruck einer Behörde, die nicht für die Belange queerer Menschen sensibilisiert ist und die Umsetzung geltenden Rechts unnötig verschleppt.

Schlappe acht Mille für queere Menschen?

Warum so viele und teils so hochtrabende Worte für so kleine Sachen? Zunächst einmal, weil sie eben genau das eigentlich sind: Kleinigkeiten, die als Problem so leicht zwischendurch zu erledigen wären, ohne dass es dazu eines großen Aufschreis bedürfen müsste. Aber auch, weil es die Spitze eines Eisbergs ist. Der von der Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit beauftragte Aktionsplan



**Unisex-
Pilottoilette
Edisonallee**

„Queeres Potsdam“ (25/SVV/1003) ist ein weiteres schmerzhaftes Signal, dass nicht jede*r in der Verwaltung begriffen hat, wie wichtig es in den aktuellen Zeiten ist, queeres Leben zu unterstützen. Mal abgesehen davon, dass die kommunale Gleichstellungsbeauftragte besagten Aktionsplan neben all ihren anderen gesetzlich verankerten Aufgaben erarbeiten musste, ohne dafür zusätzliche finanzielle oder personelle Ressourcen zu erhalten, stellen die einzelnen Maßnahmen ziemliche Sparvarianten dar. Ganze 8.000 Euro stehen nur zur Verfügung, die meisten Vorschläge sind kostenneutral und konzeptioneller oder verwaltungsinterner Art. Sie sind wichtig, aber ersetzen nicht die Sichtbarkeit und Unterstützung queeren Lebens im öffentlichen Alltag. Vorschläge aus der Community zu Regenbogenbänken, wie es sie bei der BTU in Cottbus gibt, oder Queerbeauftragten, die in Berlin existieren, hätten ganz andere Wirkungen, konnten aber aufgrund fehlender Mittel nicht in den Aktionsplan aufgenommen werden.

Um ein letztes Beispiel dafür zu nennen, dass manche den Schuss noch nicht gehört haben, sei auf die Etablierung von Unisex-Toiletten in Verwaltungsgebäuden verwiesen. Obwohl diese sogar im Aktionsplan enthalten sind und sich im aktuellen Verwaltungsstandort in der Edisonallee bereits eine Pilottoilette befindet, behauptet der *Kommunale Immobilienservice* auf wiederholte Nachfragen unserer Fraktionen (25/SVV/0643 und 25/SVV/0769), dass diese „zusätzlich zur Verfügung gestellt werden“ müssten und daher „unter Finanzierungsvorbehalt“ stünden. Ein darauf folgender Antrag (25/SVV/0827) wird daher auch von der Stadtverordnetenversammlung leider mehrheitlich abgelehnt. Die Frage, welche Toiletten dann aber von Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ oder ohne Geschlechtseintrag genutzt werden können, bleibt unklar. Offensichtlich ist nur, dass queere Menschen von führenden Personen im Verwaltungsapparat im besten Fall übersehen werden, im schlechtesten Fall nicht erwünscht sind.

Und die Moral von der Geschicht? Selbstverständlich ist queeres Leben niemals nicht

Was all das zeigt, ist, dass trotz der Rekordzahl an Brandenburger CSDs, einer mutigen Zivilgesellschaft in Potsdam und bundesgesetzlichen Fortschritten die Hürden im Alltag bleiben, wenn in Behörden vor Ort der Wille zur Veränderung und Anpassung nicht vorhanden ist. Es fängt immer im Kleinen an: Natürlich wird sich der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck nicht davon abhalten lassen, wenn die Verwaltung der Landeshauptstadt queerfreundlicher wird. Aber es entlastet diejenigen, die angefeindet werden, im Alltag ungemein, wenn sie sich nicht auch noch mit Behörden anlegen müssen, um offen queer leben zu können. Denn das wiederum ist unser hart erkämpftes und gesetzlich verbrieftes Recht.

Freiheitskämpfer für die Demokratie

VON KLAUS VENNEMANN

Die Initiative PRÜF — steht für: *Prüfung rettet übrigens Freiheit* — hat u. a. in Brandenburg eine umfangreiche Unterschriftensammlung zur Überprüfung rechtsextremer Parteien durch das Bundesverfassungsgericht gestartet. Hierzu veranstaltete sie am 14.03.2026 die erste PRÜF-Demo in Potsdam. Ca. 2.000 Teilnehmer*innen machten ihrem Wunsch nach einem Prüfungsantrag des Bundesrates zur Überprüfung der Demokratiefähigkeit der AfD im Sinne unseres Grundgesetzes lautstark Luft.



www.innn.it/pruef-bb



Die Initiative richtet sich an den Landtag in Brandenburg und in letzter Konsequenz an den Bundesrat, weil dieser ohne Beteiligung des Bundestages das *Bundesverfassungsgericht* (BVerfG) veranlassen kann, eine Partei auf ihre „Demokratiefähigkeit“ im Sinne von Art. 21 GG zu prüfen. Nach Art. 21 GG sind Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger*innen darauf aus sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verfassungswidrig. Solche Parteien sollen nach dem Art. 21 GG von der staatlichen Finanzierung (z. B. Parteienfinanzierung) ausgeschlossen sein. Zudem entfielen mit einer solchen Feststellung die steuerliche Begünstigung der Partei und der an sie gerichteten Spenden. Diese Regelungen basieren auf den Lehren aus der Beseitigung der Demokratie durch die NSDAP ab 1933. Sie sind Ausdruck einer wehrhaften Demokratie.

Nach der Initiative PRÜF sollen alle Parteien, die als rechtsextremer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextrem vom Verfassungsschutz eingestuft sind, vom BVerfG auf ihre Demokratiefähigkeit gem. Art. 21 GG geprüft werden. Damit wird sichergestellt, dass eine von der Politik unabhängige Instanz — Richter*innen sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen verpflichtet — über diese sehr wichtige Einstufung entscheidet.

Die Beantragung eines solchen Prüf-Verfahrens könnte der Bundesrat autonom veranlassen. Deswegen richten sich die PRÜF-Demos, die schon in vielen Bundesländern monatlich mit steigender Resonanz und ab dem 14.03.2026 auch in Potsdam regelmäßig veranstaltet werden, an das Länderparlament. Damit kann die Regierung aus SPD und CDU nachweisen, wie sie es mit der wehrhaften Demokratie hält.

Die nächsten PRÜF-Demos in Potsdam finden jeweils am zweiten Samstag des Monats, also z. B. am 11.04. und 09.05.2026, vor dem Landtag auf dem Alten Markt statt.

Die Wählergruppe DIE aNDERE steht für Demokratie und die Verteidigung derselben. Deswegen wendet sie sich gegen jeglichen Rassismus, Faschismus und Militarismus, fördert die bürgerliche Kulturgesellschaft in allen möglichen Institutionen und Aktionen. Dazu gehört auch die parteiunabhängige Bestrebung der Initiative PRÜF, die auch den Zielen von „Potsdam! bekennt Farbe“, wo Mitglieder der Wählergruppe aktiv sind, entspricht.



PRÜF-Demo am 14.03.2026 mit ca. 2.000 Teilnehmer*innen

Änderung der Geschäftsordnung: Effizienz ja – aber nicht auf Kosten der Demokratie

VON ANJA HEIGL

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam hat am 04. März 2026 eine Änderung ihrer Geschäftsordnung beschlossen. Dabei geht es um weit mehr als um formale Regeln. Es geht um die Frage, wie demokratische Debatten in unserer Stadt organisiert werden und wie Effizienz, Transparenz und Mitwirkung miteinander in Einklang gebracht werden können.

Seit Jahren sind die oft sehr langen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung ein Thema. Viele Stadtverordnete engagieren sich ehrenamtlich und wissen, welche Belastung mehrstündige Sitzungen für Familie, Beruf und Gesundheit bedeuten. Das Ziel, die Abläufe zu straffen und Sitzungen effizienter zu gestalten, ist daher grundsätzlich nachvollziehbar. Demokratie braucht Struktur, Verlässlichkeit und arbeitsfähige Gremien.

In der Arbeitsgruppe „Kommunales Ehrenamt“ wurde versucht, Lösungen für dieses Problem zu finden. Allerdings kam es dort weder zu Abstimmungen noch zu gemeinsamen Empfehlungen oder einer Einigung über zentrale Streitpunkte. Umso bedauerlicher ist es, dass die antragstellenden Fraktionen anschließend keinen stärkeren Versuch unternommen haben, eine gemeinsame Verständigung zu erreichen. Dass zum ursprünglichen Antrag gleich mehrere Änderungsanträge — sogar von einer der antragstellenden Fraktionen — eingebracht wurden, zeigt, wie groß der Diskussionsbedarf weiterhin war.

Besonders kleinere Fraktionen sehen die geplanten Änderungen kritisch. Wenn Redezeiten verkürzt und Hürden für Instrumente wie namentliche Abstimmungen erhöht werden, entsteht schnell der Eindruck, dass Einflussmöglichkeiten eingeschränkt werden könnten. Gerade kleinere Gruppen sind darauf angewiesen, ihre Positionen öffentlich sichtbar zu machen und ihre Argumente in der Stadtverordnetenversammlung vorzutragen. Demokratie darf sich jedoch nicht allein an Mehrheitsverhältnissen orientieren, sondern muss auch Minderheitenrechte schützen.

Ein zentraler Punkt der geplanten Geschäftsordnungsänderung ist die stärkere Verlagerung politischer Diskussionen in die Ausschüsse. Anträge sollen künftig in der Regel dort beraten und anschließend in der Stadtverordnetenversammlung ohne

Debatte im Block abgestimmt werden. Öffentliche Diskussionen im Plenum würden damit seltener stattfinden. Kritiker*innen sehen darin die Gefahr, dass politische Auseinandersetzungen stärker in kleinere Gremien verlagert werden und die öffentliche Debatte an Bedeutung verliert.

Positiv ist hingegen, dass Änderungsanträge weiterhin auch außerhalb von Ausschusssitzungen eingebracht werden können. Das zeigt, dass Beteiligung und politische Mitwirkung weiterhin möglich bleiben sollen. Unserer Fraktion war es wichtig, dass der Ältestenrat weiterhin im Konsens Listen für Ausschussüberweisungen erstellt. Konsens statt Mehrheitsdurchgriff stärkt Vertrauen und sorgt für mehr Akzeptanz bei allen Fraktionen. Leider fand dieser Punkt keine mehrheitliche Zustimmung.

Geschäftsordnungen sollten kein Machtinstrument sein, sondern einen fairen Rahmen für demokratische Auseinandersetzungen schaffen. Sie müssen von möglichst vielen getragen werden, damit sie langfristig akzeptiert werden und funktionieren.

Bei aller notwendigen Straffung der Abläufe gilt es daher, die richtige Balance zu wahren. Effizienz allein darf nicht das einzige Ziel sein. Gute Vorbereitung von Anträgen, eine klare Strukturierung der Debatten, eine stringente Sitzungsleitung und Disziplin in den Redebeiträgen können ebenso dazu beitragen, Sitzungen kürzer und produktiver zu gestalten.

Eine starke Stadtverordnetenversammlung zeichnet sich nicht dadurch aus, dass sie möglichst schnell entscheidet, sondern dadurch, dass sie fair, transparent und respektvoll entscheidet. Demokratie lebt vom Austausch, vom Widerspruch und davon, dass auch kleinere Fraktionen Gehör finden — nicht nur formal, sondern auch tatsächlich.



Ihr habt nun ein Megafon, trefft damit den richt'gen Ton!

Eine Hymne auf den Kinder- und Jugendbeirat

VON JONATHAN MANTI

Die Landeshauptstadt Potsdam hat seit Ende 2025 einen Kinder- und Jugendbeirat und das ist auch gut so! Über sieben Jahre nach der Änderung der Kommunalverfassung zur pflichtigen Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es nun endlich ein Selbstvertretungsgremium auch für junge Menschen. Wenngleich die im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt angesiedelte Beauftragte für Kinder- und Jugendinteressen mit ihrer Arbeit der letzten Jahre fraktionsübergreifend Anerkennung genießt, ist es gut, dass die von ihr durchgeführten Beteiligungsformate jetzt durch den Beirat komplementiert werden können.

Denn ohne Zweifel ist es die *Peer Group* selbst, die sich am besten vertreten kann. Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen oder auch Mitarbeitende einer Stadtverwaltung können immer nur aus zweiter Hand Bedarfe, Meinungen oder Kritiken junger Menschen aufnehmen und weitergeben; sie können vermitteln, stecken aber nicht in ihren Köpfen. Sie können engagierte und leidenschaftliche Mitstreiter*innen sein, aber die Zielgruppe nicht ersetzen. Denn deren (vielfältige) Stimmen können nur von ihr selbst gesprochen werden — mit Überzeugung und Klarheit, mit Kreativität und Offenheit.

Was direkt zur womöglich größten Chance für diejenigen führt, die bereit sind, sich zu engagieren: Die Möglichkeit, schon in jungen Jahren Verantwortung zu übernehmen. Für sich selbst, aber auch für andere. Demokratie kann man nicht theoretisch erlernen, man muss sie erleben. Was in der Schule anfängt, geht in der Heimatstadt weiter und oft auch darüber hinaus. Beispiele aus anderen Städten und Gemeinden zeigen, dass wenn junge Menschen auf kommunalpolitischer Ebene ernst genommen werden, sie sich später auch in Universitäten, Gewerkschaften, Kulturverbänden oder Sportvereinen engagieren und sich trauen, Leitungsfunktionen zu übernehmen.

Und genau das braucht es: Junge Menschen, die sichtbar sind. Die nicht nur mitgedacht werden, sondern die selbst aktiv sein können. Die neue Perspektiven aus

dem toten Winkel holen und Altbewährtes hinterfragen. Die sich den Blick auf eine Zukunft der Visionen trauen, anstatt die Fehler der sogenannten „Erwachsenen“ zu wiederholen. Auch die Kommunalpolitik ist nach wie vor zu oft ein Stammtisch alter Männer, die eine letzte Bühne haben wollen. Junge Stimmen, Haltungen, Menschen können diese Mauern durchbrechen. Wenn wir ihnen eine faire Chance geben, sie ernst nehmen und keine Scheu davor haben, auch von ihnen zu lernen.

Viel Mut, Ausdauer, Erfolg und auch Freude für die nächsten Jahre, lieber Kinder- und Jugendbeirat!



Erinnerungskultur als gesellschaftlicher Auftrag

VON CHRISTIAN RASCHKE

Erinnerungskultur ist mehr als das Gedenken an vergangene Ereignisse — Sie ist ein aktiver, gesellschaftlicher Prozess. Politisch linke Initiativen wie DIE aNDERE zeigen, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte, insbesondere mit dem Nationalsozialismus, untrennbar mit Fragen der Gegenwart und Zukunft verbunden ist. Nicht nur aus diesem Grund bieten wir wieder politische Stadtteilspaziergänge an (S. 08), die sich, wie im Fall von Babelsberg, um die alten und neuen sozialen Kämpfe, gerade im Kontext von Wohnen, drehen. Im Fokus stehen dabei demokratische Teilhabe und eine lebendige Zivilgesellschaft. Erinnerung wird so nicht nur bewahrt, sondern bewusst genutzt, um politische Verantwortung im Hier und Jetzt zu stärken.

Vielfalt der Perspektiven

Neben der etablierten, oft institutionell geprägten Potsdamer Erinnerungskultur, die ihren Fokus vor allem auf Potsdam und Preußen setzt, entwickelte sich in den letzten Jahren eine alternative Erinnerungspraxis. Diese richtet den Blick stärker auf bislang marginalisierte Perspektiven und lokale Geschichten. Während klassische Gedenkformate auf die üblichen und teilweise durchaus wichtigen Gedenktage abzielen, eröffnet die alternative Erinnerungskultur neue Zugänge: Sie ist vielfältig, kritisch und nah an den Lebensrealitäten der Menschen. Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist die *Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes*. Ihre Veranstaltungen ergänzen Leerstellen der offiziellen Erinnerungspolitik. Der Verein stellt die Alltagsgeschichte der einfachen Menschen in Nowawes und Babelsberg in den Mittelpunkt seiner Forschungen und Veranstaltungen und ermöglicht einen Blick über den Potsdamer Tellerrand in das Milieu der ehemals industriell geprägten eigenständigen Stadt Nowawes/Babelsberg.

Geschichte vor der eigenen Haustür

Ein zentraler Ansatz alternativer Erinnerungsarbeit ist die Spurensuche im direkten Lebensumfeld. Lokale Geschichte wird erfahrbar, wenn Menschen entdecken, was sich einst in ihrer Nachbarschaft abgespielt hat. Biografien ehemaliger Bewohner*innen, historische Orte oder vergessene Ereignisse schaffen eine unmittelbare Verbindung zur Vergangenheit. Diese persönliche Annäherung erleichtert es insbesondere jungen Menschen, Geschichte nicht als abstraktes Wissen, sondern als Teil

ihrer eigenen Lebenswelt zu begreifen. Diesem Aufgabenfeld in der Erinnerungskultur hat sich DIE aNDERE verschrieben, was sich nicht nur in der Mitwirkung zahlreicher Initiativen und Gruppen zeigt, sondern auch in Anträgen und politischen Debatten der Stadtverordnetenversammlung.

Beispiel Paul Kühne

Auf Antrag der Fraktion DIE aNDERE und Kooperation mit der *Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes* sowie der Potsdamer VVN-BdA soll der Gedenkstein für den Antifaschisten und Spanienkämpfer **Paul Kühne** am Bahnhof Medienstadt (S. 32) künftig besser sichtbar und kontextualisiert werden. Dabei geht es nicht einmal, wie erst gefordert, um das Umsetzen auf eine städtische Grünfläche an der Großbeerenstraße/Ecke August-Bebel-Straße, sondern vor allem um das Kennzeichnen mittels einer Informationstafel und die Kontextualisierung der Geschichte des Gedenksteins. Zu Recht wies das *Fachgremium Erinnerungskultur* darauf hin, dass eine potenzielle Umsetzung auch ein Eingriff in die Form des Erinnerns wäre und der historische Ort im Sinne einer Kontextualisierung wichtig wäre.

Gedenkstein mit Erinnern in verschiedenen Epochen

Der zwischen Mülltonnen und Imbissen versteckte Gedenkstein für den im Jahr 1908 in Nowawes geborenen **Paul Kühne** wurde vermutlich um 1978 von einem Eisenbahnerkollektiv des damaligen Bahnhofs Drewitz errichtet. Es folgte ein ritualisiertes Gedenken gemäß der sogenannten antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR. In der Nachwendezeit wurde derselbe Stein von Babelsberger Christen in Erinnerung an die Maueropfer umgewidmet.

Eine Tafel und ein Hinweis auf den Stein fehlen bis heute, was sich nun ändern soll. **Paul Kühne** wurde als Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus mehrmals verhaftet, ging im Auftrag der KPD nach Spanien, wo er in den Internationalen Brigaden kämpfte und nach deren Auflösung, nach General Francos Sieg, 1939 in Frankreich interniert wurde. Die Nationalsozialisten lieferten die Spanienkämpfer schließlich nach Deutschland aus, wo die Gestapo unter anderem **Paul Kühne** im Jahr 1941 nach Potsdam brachte und wegen Vorbereitung des Hochverrats verurteilte. Nach vorzeitiger Haftentlassung im Jahr 1943 wird er in die *Strafdivision 999* gepresst, ein Sonderverband der deutschen Wehrmacht, wo unter anderem politisch Verfolgte und damit „wehrunwürdige Personen“ in einer sogenannten Bewährungseinheit zum Militärdienst gezwungen worden sind. Dort kam **Paul Kühne** in den letzten Kriegsmonaten ums Leben.



Andere Beispiele einer alternativen Erinnerungskultur

Erinnerungskultur lebt von Beteiligung. Als Mitglieder der Wählergruppe DIE aNDERE werden wir nicht nur häufig von engagierten Menschen dazu angesprochen. Viele von uns engagieren sich selbst aktiv in Initiativen, Vereinen und Projekten, die sich um Stadtgeschichte und Erinnerungsorte kümmern. Immer wieder unterstützen wir Initiativen, die sich für eine bessere Sichtbarkeit antifaschistischer Perspektiven, für neue Erinnerungsorte im Stadtraum oder für die Umbenennung von Straßen und Plätzen einsetzen, beim oft viel zu langen Weg durch die Ausschüsse und Amtsstuben.

Konkrete Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind

- die Beschlüsse zur Benennung von drei öffentlichen Plätzen in Babelsberg nach Frauen aus der Nowaweser Arbeiter*innenbewegung,
- die Umbenennung der im Stadtteil Neu Fahrland gelegenen Straße mit dem rassistischen Terminus „Zu den drei Mohren“ in Carola-Buhlmann-Straße,
- die posthume Streichung **Hindenburgs** aus der Ehrenbürgerliste,
- die Umbenennung der einst nach den NS-Staatsschauspielern **Emil Jannings** und **Heinrich George** benannten Straßen im Filmpark Babelsberg nach der DEFA-Ikone **Lotte Loebinger**,
- ein Erinnerungskonzept zur Beschilderung des durch Potsdam geführten Todesmarsches aus dem KZ Lieberose im Februar 1945 oder
- der Auftrag zur Aufstellung weiterer Gedenkstelen an Orten der NS-Zwangsarbeit.

Aktuell setzen wir uns für die Umbenennung des Steubenplatzes in Helene-Bürger-Platz ein, um an die Ermordung der jungen Arbeiterin bei einer Demonstration zur Verteidigung der Demokratie gegen den Kapp-Putsch zu erinnern. Ansonsten erinnern wir seit Jahren regelmäßig an **Hans Otto** und **Max Dortu** und wenn es uns im Rathaus zu lange dauert, stellen wir auch mal selbst eine Telefonzelle auf den Bassinplatz, damit dort eine *Bibliothek der verbrannten Bücher* entstehen kann.

Erinnerung als Brücke zur Zukunft

Eine alternative und lebendige Erinnerungskultur verbindet Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sie schafft Bewusstsein für historische Verantwortung und stärkt zugleich demokratische Werte. Indem sie Menschen dazu ermutigt, sich einzubringen und Position zu beziehen, wird sie zu einem wichtigen Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung. Erinnerung ist damit kein statisches Konzept, sondern ein fortlaufender Dialog — getragen von Engagement, Vielfalt und der Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen. Daher sehen wir als DIE aNDERE hier einen Schwerpunkt unserer kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Arbeit.

Kumulation am Kosmos: über „Versöhnung“, Finanzen und die Zukunft

VON ANNEGRET PANNIER

März 2026: Eine Stiftung sitzt in der Zwickmühle. Sie muss ihr Stiftungsziel¹ bedienen, das zu utopisch ist, und darf die Realität nicht benennen. Sie darf, um frühere und potenzielle Förderwillige nicht zu verprellen, nicht zugeben, dass sie nicht viel weiterbauen können wird, während seit rund einem Jahr laufende Kosten nicht mehr beglichen werden können.

Ein „Ort der Versöhnung“ ...

... soll laut der Satzung der *Stiftung Garnisonkirche* entstehen und über die Frage, wer sich an der Breiten Straße mit wem versöhnen soll oder will, wurde in den letzten Jahrzehnten häufig diskutiert und fabuliert. Um aber versöhnlich nach vorne zu schauen, wäre es sehr hilfreich, öffentlich und auf verschiedenen Ebenen festzustellen, dass in den nächsten zwanzig Jahren kein weiteres Gebäude neben dem neuen Garnisonkirchturm entstehen wird. **So könnte ...**

- ... das Rechenzentrum mit eigener Betreibergesellschaft oder -stiftung Sanierungsmittel (inkl. guter, langfristiger Kredite) einwerben und verwenden
- ... die *Wüstenrot-Stiftung* ihre Zusage, die Restaurierung des Mosaikzyklus zu bezahlen, einlösen
- ... am Ensemble endlich mit Tafeln über Plantage, Rechenzentrum und Garnisonkirche informiert werden
- ... der Bebauungsplan Nr.1 „Neuer Markt/Plantage“² geändert werden
- ... in diesem Bereich eine Änderung der Sanierungsziele von „Rückbau Rechenzentrum und Einrichtung Stadtplatz“ zu „Weiterentwicklung des soziokreativen Zentrums“ erfolgen
- ... ein Teil der Städtebaufördermittel aus dem Topf „Lebendige Zentren“ für andere Maßnahmen im Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“ verwendet werden
- ... ein Ende kirchlicher Fördermittel an die Garnisonkirche anderen Kirchengemeinden beim Erhalt ihrer Denkmäler und Kulturarbeit helfen

© Kristina Tschesch



E X K U R S — Abrisse und Neubau

Das 1969 bis 1971 erbaute Datenverarbeitungszentrum des *VEB Maschinelles Rechnen* war einst dreiteilig. 2010 wurde das Kantinegebäude abgerissen, obwohl es noch intakt war und zuletzt als Fahrradgeschäft genutzt wurde. Die Rechnerhalle, bis 2018 durch die IT-Verwaltung des Landes Brandenburg genutzt, wurde 2019 abgerissen. Der verbleibende Teil, der Verwaltungstrakt, ist mittlerweile von einem Sportplatz und dem 2017 begonnenen Neuaufbau des Garnisonkirchenturms umgeben.

Anmaßend trotz drohender Insolvenz

2020 betrug die Bundesförderung für den Garnisonkirchenbau bereits 25 Mio. €³, während für Personal und Werbung mehr Geld ausgegeben als durch Spenden eingenommen wurde. Nach der Eröffnung des Turms mit seiner Aussichtsplattform (im Jahr 2024) stellte sich der hochangesetzte Besucherzuspruch nicht ein. Stattdessen sprang die EKBO⁴ mit weiteren 250.000 Euro für die Betriebs- und Personalkosten ein.

In der Summe wurde also mit viel Baumaterial, Programmfördermitteln und bezahlten Stellen erreicht, was diversen Potsdamer Kultur- und Bildungsträgern mit oftmals weniger Ressourcen gelingt. Beispielsweise wird zwei Meter weiter, im Rechenzentrum, seit 2015 eine Vielfalt von Veranstaltungen unter hoher Beteiligung Ehrenamtlicher geboten. Nichtsdestotrotz verbreitet die *Stiftung Garnisonkirche* nicht nur medial Zweckoptimismus, sondern stellt sich auch politisch als solider und fordernder Verhandlungspartner dar.

E X K U R S — Das Garnisonkirchengrundstück

Als die *Treuhand* 1992 das Datenverarbeitungszentrum (später RZ) an das Düsseldorfer EDV-Unternehmen *Alldata* verkaufte, enthielt der Vertrag die Verpflichtung, die „erforderliche Teilfläche von 900 qm derjenigen Institution unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, die sich zum Wiederaufbau der Garnisonkirche verpflichtet.“ 2008 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, der in Gründung befindlichen *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* beizutreten und dabei die kostenlose Grundstücksübertragung in die Wege zu leiten.⁵ Der Beschluss enthielt die Erwartung „Die Bemühungen um den Wiederaufbau der Garnisonkirche konzentrieren sich auf den Turm.“ und wurde von der EKBO mit der Aussicht auf die Schwerpunkte „a) Erinnern und Aufarbeiten, b) Vergeben und Versöhnen, c) Bitten um Frieden“ unterstützt.

Demut und Einsicht?

Angeichts der Historie des Wiederaufbauprojekts Garnisonkirche könnte man erwarten, dass eine Entschuldigung der Beteiligten bevorsteht. Dass man dem etablierten Nachbarhaus die Hände reicht, der Stadtgesellschaft etwas zurückgibt und nun konstruktiv, kleinmütig und realistisch in die Zukunft schaut. Wie wäre es mit einem Downgrade, mit Anpassungen im Betrieb, mit versöhnlichen Tönen und friedlicher Kooperation?

E X K U R S — Langer Stall und Kreativquartier

Vielfach kam in den letzten Jahren die Frage auf: Sollte nicht nebenan ein Ersatz für das Rechenzentrum gebaut werden? — Der von einer Genossenschaft betriebene mietpreisgebundene Flächenanteil und die Raumstruktur im Langer Stall (des *Kreativquartiers*) reichen nicht aus, um die kleinteilige und vielfältige Struktur des Rechenzentrums komplett aufzunehmen.⁶ Zudem werden diese Räume nicht für Kleinunternehmer*innen und Privatpersonen, die keine Umsatzsteuer abrechnen können, zur Verfügung stehen. Im Langer Stall ist die Nutzungsbindung für die Kreativwirtschaft auf 20 Jahre begrenzt. Dafür verkaufte die Stadt das Grundstück für 6 Millionen unter dem eigentlichen Wert an den Berliner Projektentwickler *Glockenweiß*.

S P E N D E N K A M P A G N E

Auf dem Weg zur eigenen Betreiber-gesellschaft freut sich das Rechenzentrum über finanzielle Unterstützung — zum Beispiel für Stiftungs-, steuerliche und rechtliche Beratung, Gründungskapital und erste Instandhaltungsmaßnahmen.



www.rz-potsdam.de/spende/

¹ www.kirchenrecht-ekbo.de/pdf/55590.pdf

² https://potsdamermittle.de/media/downloads/anl_5_bp1_1.aend_begrueundung.pdf

³ Siehe u.a. www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/steuergeldverschwendung-alle-faelle/details/mehr-steuergeld-fuer-garnisonkirche-potsdam

⁴ Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

⁵ DS 08/SVV/0325, <https://egov.potsdam.de/public/to020?TOLFDNR=46087&SILFDNR=3735>

⁶ Siehe www.rz-potsdam.de/blog/ergaenzung-kein-ersatz/

Bestimmt ein Milliardär die Stadtentwicklung? Eine Chronologie der Ereignisse zum Universitätscampus auf dem Brauhausberg

VON STEFFEN PFROGNER

Unerwartet und die Gemüter der Öffentlichkeit explosionsartig bewegend erschien am 02.06.2025 der *Letter of Intent* zwischen dem Land Brandenburg und der Universität Potsdam sowie der *Hasso Plattner Foundation* (HPF).

Demnach unterstützt das Land Brandenburg die Umsetzung der Entwicklungsziele des *Hasso-Plattner-Institutes* (HPI) und strebt an, dem Institut und der gemeinsamen *Digital-Engineering-Fakultät* Wachstumsperspektiven in der Landeshauptstadt am Standort Griebnitzsee zu ermöglichen.

Die HPF wird die bislang von der Universität Potsdam genutzten Flächen und Gebäude am Campus Griebnitzsee vom Land Brandenburg erwerben und für eine deutliche Erweiterung des HPI und der gemeinsamen *Digital-Engineering-Fakultät* nutzen. Sie wird für die derzeit von der Universität Potsdam am Standort Griebnitzsee genutzten Landesflächen am Standort Brauhausberg Ersatzflächen bereitstellen. Das Land Brandenburg wird das *Flurstück 474* einbringen.

Auf den kombinierten Flächen wird die HPF einen neuen integrierten Campus in mindestens gleicher Größenordnung auf eigene Rechnung errichten, einschließlich Renovierung der vorhandenen denkmalgeschützten Immobilien, und dem Land Brandenburg schlüsselfertig übergeben.

Das Land Brandenburg wird den gesamten Übertragungsprozess bis zum Einzug der neuen Einrichtungen am Campus Griebnitzsee sowie am Standort Brauhausberg eng im Rahmen einer Task Force unter Leitung des Ministerpräsidenten begleiten. Ständige Mitglieder der Task Force sind neben der Staatskanzlei, der HPF und der Universität Potsdam das *Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur*, das *Ministerium der Finanzen und für Europa*, das *Ministerium des Innern und für Kommunales* sowie die Landeshauptstadt Potsdam.



© Kristin Pilz

Die Umsetzung der Maßnahmen soll beschleunigt werden. Dazu sollen auch alternative Bauherrenmodelle geprüft werden. Das Land Brandenburg bringt die Erlöse aus dem Verkauf der bislang von der Universität Potsdam genutzten Landesflächen und Gebäude am Standort Griebnitzsee in die am Neuen Palais und in Golm geplanten Maßnahmen ein.

Mit übergroßem Eifer trotz erheblicher Bedenken der linken und linksalternativen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam beschloss diese am 24.09.2025 unter der Nummer 25/SVV/0773 mehrheitlich die Leitentscheidung zur Entwicklung des Hasso-Plattner-Instituts am Campus Griebnitzsee und zur Schaffung eines neuen Universitätscampus auf dem Brauhausberg.

Damit begrüßt die Landeshauptstadt die im *Letter of Intent* (LOI) des Landes Brandenburg, der Universität Potsdam und der *Hasso Plattner Foundation* vom 02.06.2025 formulierten Ziele für die Entwicklung des *Hasso-Plattner-Instituts* und der Universität Potsdam ausdrücklich.

Darüber hinaus sichert die Landeshauptstadt die Unterstützung bei der Konkretisierung und Umsetzung der nötigen Schritte zur Erreichung der Ziele des LOI zu. Die Vertretung der Landeshauptstadt in der geplanten „Task Force“ und in den Arbeitsgruppen des Landes erfolgt durch den Oberbürgermeister (später Oberbürgermeisterin) und die Beigeordneten. Für die Umsetzung des Gesamtvorhabens und bei den nachfolgend benannten Bebauungsplanverfahren sollen Beschleunigungsmöglichkeiten zielgerichtet genutzt werden. Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu ein Vorschlag vorzulegen. Die Öffentlichkeit ist im Verfahren zu beteiligen.

Entwicklung des Hasso-Plattner-Instituts am Campus Griebnitzsee sowie der Universitätscampi Brauhausberg, Golm und Am Neuen Palais

Die Landeshauptstadt sichert dem HPI die aktive und zielgerichtete Unterstützung für das Entwicklungsvorhaben des Instituts am Griebnitzsee zu. Für den neuen *Universitätscampus Brauhausberg* beabsichtigt sie die Aufstellung eines Bebauungsplanes, der alle zur Entwicklung eines solchen Campus erforderlichen Flächen, darunter die Fläche des ehemaligen Landtagsgebäudes, umfasst.

Die im Beschluss 24/SVV/1056 festgelegten Prioritäten der Stadtplanung werden verändert. Das Planverfahren zur Baurechtschaffung für einen neuen Universitätscampus auf dem Brauhausberg wird in die *Priorität 1* der Prioritätenliste Stadtplanung aufgenommen.

Im Planverfahren ist eine leistungsfähige Verkehrserschließung zu gewährleisten, die der geplanten Nutzung als Universitätscampus gerecht wird und die umliegenden Quartiere nicht überlastet. Der Brauhausberg ist daher durch eine zweite Straßenanbindung zu erschließen. In Bezug auf die Abwicklung zusätzlicher Verkehre hat zudem eine Orientierung auf den Fuß- und Radverkehr sowie auf den öffentlichen Personennahverkehr auch unter Berücksichtigung der Verbindung der verschiedenen Standorte der Universität untereinander zu erfolgen.

Die Entwicklung des Brauhausbergs erfordert zudem die Berücksichtigung des räumlichen Umfeldes und die Nutzung von Synergien in der Verkehrsabwicklung. Hierbei sind die Verbindungen zwischen dem Hauptbahnhof, dem Brauhausberg, dem Telegrafenberg, dem ehemaligen Telekomgelände und dem Standort des *Deutschen Wetterdienstes* in die Planungen einzubeziehen.

Kurzfristig strebt die Landeshauptstadt die Schaffung der notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen für anstehende Neubauten, im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 129 „Nördlich In der Feldmark, 1. Änderung“, und Nachverdichtungsprojekte der Universität an.

Das Gesamtvorhaben steht zudem mit der erfolgreichen und zeitnahen Weiterentwicklung des *Universitätscampus Am Neuen Palais* in Zusammenhang. Dabei ist die Umsetzung der bereits genehmigten Bauabschnitte 2 bis 4 der Universität Potsdam, durch das Bebauungsplanvorhaben Nr. 183 „Feuerwache West und Sportanlagen Universität (Eiche)“ und die Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 164 „Sportanlage Kuhfortdamm“ um den Vereinssport, zu unterstützen. Beide Vorhaben sind in der *Priorität 1* der Stadtplanung (24/SVV/1056).

Studentisches Wohnen

Zu einem Universitätscampus gehört neben Forschung und Lehre auch studentisches Wohnen. Gemeinsam mit dem Land, der HPF, der Universität und dem Studierendenwerk ist zu untersuchen, wo und wie entsprechende Angebote an den Universitätsstandorten entwickelt werden können. Dabei werden auch geeignete Flächen in räumlicher Nähe zum geplanten Campus Brauhausberg in die Prüfungen einbezogen.

Innovations- und wirtschaftsbezogene Ausstrahleffekte

Mit dem Gesamtvorhaben ist eine erhebliche innovationsorientierte Entwicklungsdynamik verbunden, die mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Landeshauptstadt aufgegriffen werden soll. Die Landeshauptstadt wird hierzu geeignete Maßnahmen zur Bindung von Ausgründungen und Start-ups an den Wirtschaftsstandort sowie zur Unterstützung von Ansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen planen und umsetzen.



© Kristin Pilz

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat am 24.09.2025 die Leitentscheidung gegen die Stimmen der Fraktionen DIE aNDERE und Die Linke bestätigt. Der Änderungs- /Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE (25/SVV/0773-005) „Planungswettbewerb zur Schaffung eines neuen Universitätscampus auf dem Brauhausberg“ wurde abgelehnt.

Die Drucksache 25/SVV/0773 sollte um einen Punkt 5a mit folgendem Wortlaut ergänzt werden: Zur Sicherstellung der städtebaulich-architektonischen Qualität des zu entwickelnden *Universitätscampus Brauhausberg* sowie für den städtebaulichen Entwurf als Grundlage des Rechtsplans (Bebauungsplan) ist in Verbindung mit dem Bebauungsplan-Aufstellungsverfahren ein Planungswettbewerbsverfahren nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013 durchzuführen.

Begründet wurde der Änderungs- /Ergänzungsantrag damit, dass in einem Bebauungsplan festzusetzende Entwicklungsziele immer eines städtebaulichen Konzepts bedürfen. Der Bebauungsplan als Rechtsplan kann dieses jedoch nicht leisten. Es bedarf eines städtebaulichen Entwurfs als einen gesonderten Planungsschritt.

Die Bedeutung des öffentlichen Raums und die Qualität der gebauten Umwelt für unsere Gesellschaft sind unumstritten. Bei großen Bauaufgaben ist es selbstverständlich, dass eben diese Qualität am ehesten mithilfe des Ideen-Wettstreits um die beste Lösung für städtebauliche, architektonische, baulich-konstruktive oder künstlerische Aufgaben erreicht und erhalten werden kann. **Ein, zwei oder drei Entwürfe ausgewählter Planer*innen können nicht die Vielfalt abbilden, die zur Findung einer auf lange Zeit bestimmenden städtebaulich-architektonischen Entwicklung am Brauhausberg in Potsdam in hoher Qualität notwendig ist.** Die in den Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013 empfohlenen Verfahren bieten dafür die besten Voraussetzungen. Ein Planungswettbewerbsverfahren kann zeitgleich zu den frühzeitigen Verfahrensschritten der Bebauungsaufstellung erfolgen.

Vor-Ort-Besichtigung am Brauhausberg als Angebot der Verwaltung für den zuständigen Fachausschuss (SBL) der SVV

Im weiteren Verlauf der Entwicklungen auf dem Brauhausberg ermöglichten die Grundstückseigentümer zusammen mit der Stadtverwaltung den Mitgliedern des Ausschusses *Stadtentwicklung, Bauen und Entwicklung des ländlichen Raumes* (SBL) am 25.11.2025 eine Vor-Ort-Besichtigung des Plangebietes für den *Universitätscampus Brauhausberg*.

Bebauungsplan Nr. 188 „Universitätscampus Brauhausberg“, Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung

Am 03.12.2025 brachte die Oberbürgermeisterin den Beschlussvorschlag Nr. 25/SVV/1077 zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 188 „Universitätscampus Brauhausberg“ (Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung) in die Stadtverordnetenversammlung ein. Der Bebauungsplan soll nach § 2 Abs. 1 Bau-gesetzbuch aufgestellt werden, der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 Baugesetzbuch geändert werden. Das Bauleitplanverfahren ist mit der *Priorität 1* entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Stadtplanung vom 07.03.2001 (DS 01/SVV/059) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen.

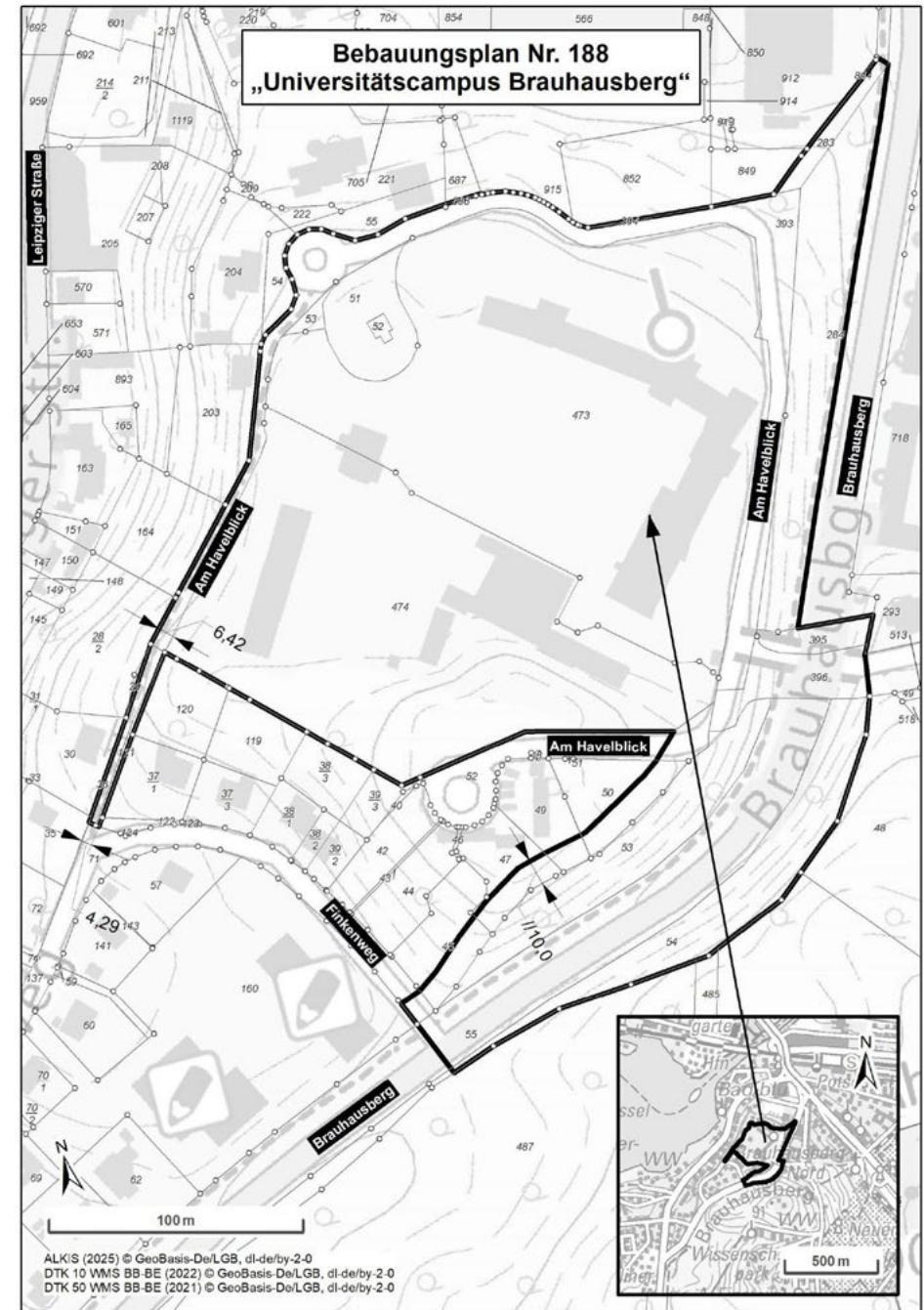
Mit der Einleitung des Planverfahrens sind Planungskosten verbunden, die durch einen Dritten (auf Nachfrage im Stadtentwicklungsausschuss ist von der Verwaltung die *Hasso Plattner Foundation* genannt worden) übernommen werden, sodass der Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam dadurch nicht in Anspruch genommen wird. Für die fachliche Betreuung und für die Koordinierung des Planverfahrens sind darüber hinaus verwaltungsinterne Aufwendungen zu erwarten. Die hoheitlichen Leistungen, die hierfür im *Fachbereich Stadtplanung* zu erbringen sind, können gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch nicht durch einen Dritten übernommen werden. Die im *Fachbereich Stadtplanung* zu erbringenden nicht-hoheitlichen Leistungen werden aufgrund der im Aufstellungsbeschluss vorgesehenen Planungsziele ebenfalls nicht einem Dritten übertragen und sollen daher verwaltungsintern erbracht werden.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst folgende Flurstücke in der Gemarkung Potsdam: 283 (teilweise), 284 (teilweise) sowie 688 der Flur 6; 51, 52, 53, 393, 394, 395 und 396 (teilweise) sowie 473 und 474 der Flur 14; 36, 45 (teilweise), 47 (teilweise), 49 (teilweise), 50 (teilweise), 52 (teilweise), 53, 54, 55 (teilweise) sowie 121 der Flur 15. Er hat eine Fläche von ca. 6,2 ha. Siehe Anlage 3 des Beschlussvorschlags Nr. 25/SVV/1077 auf der nächsten Seite. ►

Der **Geltungsbereich des Bebauungsplans berücksichtigt** unterschiedliche denk-bare Erschließungsvarianten, die im Rahmen einer Untersuchung zu prüfen und zu bewerten sind. Aus der Prüfung und Definition einer Vorzugsvariante der Erschließung ist eine Verkleinerung des Geltungsbereichs zu erwarten.

Die Flächen innerhalb des Geltungsbereichs befinden sich im Eigentum der Landes-hauptstadt Potsdam (Verkehrsflächen), des Landes Brandenburg, Dritter sowie geringfügig (Flurstück 688, Flur 6; rund 9 m²) im Eigentum der *Stadtwerke Potsdam GmbH*.

Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 188 „Universitätscampus Brauhausberg“



Der räumliche **Geltungsbereich der Flächennutzungsplan-Änderung** umfasst eine Fläche von rund 5,9 ha und weicht somit von dem des Bebauungsplans ab. Die Gründe der Abweichung ergeben sich im Wesentlichen im westlichen Teilbereich aus der Darstellungssystematik des Flächennutzungsplans sowie im südlichen Teilbereich aus den bereits entwickelbaren Planungszielen des Bebauungsplans.

Planungsanlass, Erforderlichkeit und Planungsziel

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 188 „Universitätscampus Brauhausberg“ soll dem formulierten Bedarf der Universität Potsdam nach Ersatzflächen für die Hochschulnutzung Rechnung getragen werden, die durch eine Erweiterung des *Hasso-Plattner-Instituts* am Standort Griebnitzsee notwendig werden. In einem *Letter of Intent*, veröffentlicht am 02.06.2025, zwischen der Landesregierung, der HPF und der Universität Potsdam wird die Entwicklung des HPI am Standort Griebnitzsee zu einem führenden Institut im Bereich *Digitale Wissenschaft in Europa* zum gemeinsamen Ziel erklärt.

Diese angestrebte Entwicklung bedingt den räumlichen Bedarf des gesamten Universitätsstandortes Griebnitzsee für das Institut. Aus diesem Grund ist die Verlagerung von Fakultäten der Universität Potsdam an den Standort Brauhausberg erforderlich.

Dieser Standort soll den Wandel der Lehrbedarfe zukunftsorientiert aufgreifen. Gleichzeitig entsteht ein neuer Universitätscampus in Bahnhofs- und Innenstadtnähe mit der „einmaligen Chance, die Lehrereinrichtung mit den international bekannten und renommierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen in unmittelbarer Nähe synergetisch zu verknüpfen.“

Die vorgesehene Nutzung als Hochschulstandort ist gegenwärtig planungsrechtlich unzulässig. Zur städtebaulichen Ordnung und planungsrechtlichen Sicherung der Flächen für die Ansiedlung der Universität Potsdam am Standort Brauhausberg ist ein Verfahren zur Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplans erforderlich.

Ziel der Planung ist die Herstellung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Ansiedlung der Universität Potsdam auf dem Brauhausberg unter Einbeziehung des bestehenden, denkmalgeschützten Gebäudes der früheren Kriegsschule, das zuletzt durch den Landtag des Landes Brandenburg bis 2013 genutzt wurde. Die Flächen auf der Bergkuppe sollen daher als Sondergebiet für die universitäre Nutzung festgesetzt werden und Nutzungen für Lehre (u. a. Seminarräume und Hörsäle), Forschung (z. B. Labore) und Verwaltung sowie für weitere universitäre Bedarfe (u. a. Versorgung und Konferenz) vorsehen. Die endgültige präzise Zweckbestimmung nebst konkret zulässiger Art der Nutzungen wird im Verfahren erarbeitet und festgesetzt.

Um eine hohe städtebauliche Qualität erreichen zu können, soll parallel zur Erarbeitung des Bebauungsplans ein geeignetes Verfahren durchgeführt werden. Die genaue Ausgestaltung wird noch konkretisiert. Dabei soll neben dem Vorhabenträger, der Universität, dem Studierendenwerk und dem Land auch eine Vertretung des SBL-Ausschusses, des Gestaltungsrats und der Studierenden teilnehmen. Die Öffentlichkeit ist geeignet zu beteiligen.

Im Planungsprozess ist für den Standort ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten. Hierbei ist eine Analyse der bestehenden Verkehrssituation im Untersuchungsbereich und eine Verkehrsaufkommensermittlung für die geplanten Entwicklungen durchzuführen. Weitere Elemente sind u.a. die Darstellung der Verteilung des Gesamtverkehrs auf die Verkehrsträger und darauf aufbauend das Entwickeln und Aufzeigen von Maßnahmen, die den Umweltverbund fördern. In einem weiteren Schritt ist im Rahmen eines Erschließungskonzeptes die Erschließung inkl. möglicher zweiter Erschließung zu bearbeiten. Hier wird auch die sicherheitsbezogene Zuwegung im Zusammenhang mit Not- und Havariefällen zu beleuchten sein.

Ziel ist es, eine angemessene, leistungsfähige Verkehrserschließung zu gewährleisten, die der geplanten Nutzung als Universitätscampus gerecht wird und negative Auswirkungen auf das umliegende Gebiet zu minimieren.

Das Bauleitplanverfahren soll als „Pilot“ genutzt werden, um Beschleunigungseffekte bei der Einbringung von Beschlussvorlagen sowie bei der Beratung in den politischen Gremien und den verwaltungsinternen Abläufen zu nutzen.

Den Beschlussvorschlag Nr. 25/SVV/1077 zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 188 „Universitätscampus Brauhausberg“ haben die Fraktionen DIE aNDERE und Die Linke auf der entscheidenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.01.2026 nicht mitgetragen.

Die Fraktion DIE aNDERE nimmt damit eine klare Haltung ein. Sie steht für die Stärkung der Demokratie, nicht für das Erkaufen von Entscheidungen des Gemeinwesens. Der jüngste Oxfam-Bericht zur sozialen Ungleichheit zeigt: Milliardärsvermögen wuchs 2025 dreimal so schnell wie in den fünf Jahren davor. Besorgniserregend ist, dass die Wirtschaftsmacht der Superreichen sich immer deutlicher in politischer Macht niederschlägt und die Demokratie aushöhlt. Laut Oxfam sorgen die im Bericht aufgezeigten Umstände dafür, dass Menschen den Glauben an die Demokratie und ihre Institutionen verlören — und sich selbst weniger politisch beteiligten. Es entstehe gesellschaftliche Polarisierung.

Mit dem Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom September 2025 hatten sie versucht, die städtebauliche-architektonische Qualität des zu entwickelnden Universitätscampus auf dem Brauhausberg durch ein Planungswettbewerbsverfahren nach

den Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013 sicherzustellen. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, **Bernd Rubelt**, lehnte den Ergänzungsantrag damit ab, dass das Verfahren zur Qualitätssicherung mit dem Aufstellungsbeschluss diskutiert werden soll. Das war und ist nun nicht mehr vorgesehen.

Kritisch sehen wir, dass für diese „Jahrhundertaufgabe“ — einen Universitätscampus baut man nicht aller Tage — nur eine Entwurfsverfasser*in mehrere Varianten erarbeiten soll und nicht von verschiedenen Entwurfsverfasser*innen jeweils eine Arbeit. Dem Vernehmen nach drückt der Milliardär Prof. **Hasso Plattner** mit seiner *Hasso Plattner Foundation* auf das Tempo. Notwendige Entwurfsprozesse werden auseinandergerissen. Nicht einmal eine Vorhabenträger*in können sie benennen, worauf sie sonst so strikt achten und denen sie zahlreiche zu erfüllende Bedingungen auferlegen.

Vom Beigeordneten **Bernd Rubelt** — eingetragener Architekt, Stadtplaner und erfahrener Stadtentwickler — ist zu erwarten, dass er frühzeitig im September hätte kämpfen, dem Milliardär Grenzen seiner Einflussnahme aufzeigen müssen. Das hat die Fraktion DIE aNDERE vermisst. Somit hat Bernd Rubelt sich wenig dem Gemeinwesen verschrieben und eher eine dienende Rolle eingenommen, was die Einflussnahme privater superreicher Kapitalgeber auf die Stadtentwicklung befördert, unseren demokratisch begründeten Zusammenhalt jedoch gefährdet.

Neuer Uni-Campus Brauhausberg: Öffentliche Vorstellung von städtebaulichen Varianten am 29.01.2026

Im Rahmen der weiteren Vorbereitung des neuen Universitätscampus auf dem Brauhausberg lud die Landeshauptstadt Potsdam am Donnerstag, 29. Januar 2026, zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung ein. Die Veranstaltung ist Teil des laufenden städtebaulichen Qualifizierungsverfahrens, das die Grundlage für die weitere Planung des Areals bildet. An diesem Termin wurden drei städtebauliche Varianten für die Entwicklung des Universitätscampus vorgestellt und erläutert. Die Veranstaltung fand in der Universität Potsdam am Griebnitzsee statt und konnte hybrid besucht werden. Die Präsentationen und Visualisierungen vom 29. Januar 2026 sind hier abrufbar: <https://mitgestalten.potsdam.de/de/brauhausberg/content/282>

Interessierte konnten direkt am Abend zu den Schwerpunkten Städtebau und Denkmalschutz, Verkehr und Mobilität sowie Umwelt und Ökologie ihre Hinweise geben. Online-Zuschauer*innen konnten darüber hinaus bis zum 2. Februar 2026 online Feedback eintragen. Die Auswertung und Dokumentation der Öffentlichkeitsbeteiligung können hier abgerufen werden: <https://mitgestalten.potsdam.de/de/brauhausberg>

Das Feedback soll in das weitere Verfahren einfließen: In Werkstatt-Terminen werden die städtebaulichen Varianten ab Februar mit der Universität, Studierenden, den Grundstückseigentümern, der *Hasso Plattner Foundation*, Vertreter*innen des Landes Brandenburg, der Stadtverordnetenversammlung, der Verwaltung und der Bürgerschaft weiter diskutiert und Vorzugsvarianten festgelegt. Diese bilden dann die Grundlagen für den zu erarbeitenden Bebauungsplan. Nach Abschluss der Werkstatt wird das Ergebnis ausgestellt und die Einsicht in den finalen städtebaulichen Entwurf ermöglicht, welcher dann auch die Phase der frühzeitigen Beteiligung im Bebauungsplanverfahren einleiten wird.

Qualifizierungswerkstatt zum Städtebau für den neuen Universitätscampus auf dem Brauhausberg am 27.02.2026

Die Landeshauptstadt Potsdam schreibt in ihrer Pressemitteilung Nr. 88 vom 27.02.2026, dass unter konstruktiver Beteiligung von rund 50 Vertreter*innen der Universität Potsdam, aus der Studierendenschaft, vom Studierendenwerk, aus der Kommunalpolitik, der Eigentümer, der Verwaltung und externen Fachplaner*innen mit zahlreichen konkreten Hinweisen und Anregungen zu Konzeptionen für einen attraktiven, lebendigen und nachhaltigen Universitätsstandort das erste nicht-öffentliche Werkstatttreffen des städtebaulichen Qualifizierungsverfahrens für den Universitätscampus auf dem Potsdamer Brauhausberg stattgefunden hat.



Ausgangspunkt waren Weiterentwicklungen der am 29. Januar öffentlich vorgestellten städtebaulichen Varianten des Planungsbüros *Hilmer Sattler Architekten*. Darin eingeflossen waren das Feedback aus der Veranstaltung im Januar mit mehr als 180 Hinweisen aus der Öffentlichkeit sowie Anregungen aus dem Gestaltungsrat der Landeshauptstadt Potsdam. Weitere Diskussionsgrundlagen bildeten erste gutachterliche Ergebnisse zu Themenbereichen wie *Fauna und Flora* sowie dem Umgang mit dem Trinkwasserschutzgebiet. In mehreren Arbeitsgruppen wurden die Varianten aus unterschiedlichen Perspektiven intensiv bearbeitet. Schwerpunkte in dem offenen Dialog lagen auf den benötigten Funktionalitäten aus Sicht der Universität und des Studierendenwerks, dem Versiegelungsgrad, der Qualität der Außenräume sowie auf dem Zusammenspiel von Bestand und Neubau.

Die Ergebnisse des ersten Werkstattgesprächs wertet die Verwaltung aus, deren Varianten sollen Gegenstand eines zweiten Austausches am 14.04.2026 sein. Die am Ende erarbeitete Vorzugsvariante soll noch im Frühjahr öffentlich vorgestellt werden und als Grundlage für den zu erarbeitenden Bebauungsplan dienen.



Zusammenfassende Position

Mit großen Erwartungen wird die Entwicklung auf dem Brauhausberg in Potsdam verfolgt. Nachdem die Gebäude des ehemaligen Landtages fast schon dem Verfall preisgegeben waren, keimte mit der sich andeutenden positiven Entwicklung Hoffnung auf.

Sorge bereiten allerdings die Rahmenbedingungen, die von den Entscheidungsträger*innen für die Schaffung des Bau- und Planungsrechts bis hin zur Realisierung gesetzt sind. Mit dem begonnenen Werkstattverfahren soll ein städtebaulicher Entwurf entwickelt werden, der als Grundlage der Objektplanung dienen wird. Dieser Prozess umfasst mehrere städtebauliche Entwürfe, jedoch nur eines Autors, was die erforderliche Ideenvielfalt einschränkt. Offen ist, welches Objektplanungsbüro mit der dann folgenden architektonischen und konstruktiven Durcharbeitung beauftragt werden wird. Das Werkstattverfahren ist sehr geeignet, die Planungsgrundlagen zu ermitteln, jedoch ersetzt es nicht die Findung des besten Entwurfs aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Urheber*innen. Diese Verfahrensweise entspricht weder den baukulturellen Anforderungen noch einfachen Vergaberegeln wie sie für öffentliche Bauaufgaben gelten.

Von einem Projekt, das in vielerlei Hinsicht Maßstäbe setzen soll, muss eine Vorbildwirkung für gute Baukultur im Land Brandenburg, und vor allem auch für gute Prozess- und Verfahrenskultur, ausgehen. Hochschulgebäude sind Beispiele für gelebte Demokratie und lebendige Zeugnisse einer humanen Gesellschaft. Sie stiften Identität und stellen einen Lebensraum dar, der nicht nur für Lehrende und Studierende, sondern der breiten Öffentlichkeit zeigt, wie die öffentliche Hand gestalterische und funktionale Qualitäten achtet und für die Erfüllung der Bedürfnisse aller Menschen steht. Mit der Entscheidung für die Entwicklung dieses Gebietes wird ein neues Stück Stadt entstehen. Akzeptanz dafür muss eine der wichtigsten Grundlagen bilden.

Die nicht erfolgte Einbindung der *Brandenburgischen Architektenkammer* in diesen Entwurfsprozess ist zu beanstanden. Im Hinblick auf die öffentlich nicht bekannte Bauherr*in wird auf die Einhaltung des für die öffentliche Auftraggeber*in geltenden Vergaberechts verwiesen. Eine vorbehaltlose Mitwirkung der von der Architektenkammer vertretenen planenden Berufe sowie der Öffentlichkeit sind als Teil einer demokratisch begründeten Entstehungsgeschichte zu verstehen.



Wählergruppe DIE aNDERE
c/o Jan Wendt, Dortustraße 1
14467 Potsdam

Die aNDERE Redaktion 04/2026
Gestaltung: @marcusgrose

die-andere.org

kontakt@die-andere.org



WOHNUNGSNOT STOPPEN

Wir sind eine Nachbarschaft aus drei Häusern in Potsdam-West.
Aktuell sollen unsere Wohnungen verkauft werden. Damit drohen
Eigenbedarfskündigungen und der Verlust unseres langjährigen Zuhauses!
Wir wehren uns - auch im Sinne aller Mieterinnen und Mieter in Potsdam und im
Speckgürtel Berlins: Unterstützt unsere Petition zum Erhalt von Mietwohnungen!

**STOPPT DIE UMWANDLUNG VON
MIETSHÄUSERN IN WOHNESIGENTUM!**

**KÜNDIGUNGSSPERRFRIST AUF
ZEHN JAHRE VERLÄNGERN!**

PETITION

an die Landesregierung
Brandenburg

UNTERZEICHNEN



openpetition.de/!10Jahresperrfrist